

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Zum Bremer Verbandstag

Rob. Dißmann

In diesen Tagen entsenden die deutschen Metallarbeiter aus allen Reichsgebieten ihre Delegierten nach Bremen, um dort auf unserem 17. Verbandstag Rückschau und Ausschau zu halten. Rückblick, um in objektiver Wertung zu prüfen, ob der DMV und seine Leitung in den letzten Jahren getan, was die Zeitverhältnisse erforderten und nach Lage der Verhältnisse möglich war. Aus der Vergangenheit müssen wir lernen, die Erfahrungen und Lehren zukünftiger Arbeit zunutze machen. Im Vordergrund unserer Beratungen wird die schwere Krise stehen, die dem gesamten Wirtschaftsleben ihren Stempel aufdrückt und die nicht nur viele Millionen Arbeitnehmer hart betroffen, sondern auch eine Reihe von Fragen in den Vordergrund stellt, zu denen der Verbandstag Stellung nehmen muß. Wir alle wissen, daß die gegenwärtige Krise nicht von heute auf morgen verschwindet, sondern daß auf längere Zeit mit ihr gerechnet werden muß. Zu den Arbeitslosenproblemen gehören u. a. eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die Sicherung dieser Unterstützung für die Gesamtdauer der Krise, umfassende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, um den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben, Wiedereinstellung auch der älteren Arbeiter, denen es besonders schwer, wieder Beschäftigung zu erlangen, und schließlich, ob wir aus dieser Krise überhaupt wieder herauskommen und wenn ja, wie?

In den letzten zehn Jahren gaben markante Zeitercheinungen den Verbandstagen jeweils ihr besonderes Gepräge. Als wir 1917 auf dem Kölner Verbandstag weilten, tobte der Weltkrieg schon jahrelang. Dem Zusammenbruch 1918 und den damit verbundenen Umwälzungen in Deutschland folgte 1919 unsere Verbandstagung in Stuttgart. Im September 1921 waren wir inmitten der Inflation in Jena versammelt. Dann trafen wir uns im Februar 1924 in Kassel. Die furchtbaren Inflationsjahre, der Ruhrkampf u. a. lagen hinter uns. Die deutsche Währung hatte eine festere Grundlage erhalten. Nun wollte die herrschende Klasse auch das Wirtschaftsleben „stabilisieren“. Sie tat es in ihrer Weise. Das Unternehmertum ging Ende 1923 zum Sturmangriff gegen die Arbeiter vor, entriß ihnen weitgehend den Achtstundentag, drückte Löhne und Gehälter und nutzte so die damalige Zeitperiode, in der die Arbeiter und ihre Gewerkschaften durch die Inflation, den Ruhrkampf u. a. erheblich geschwächt. Der Kasseler Verbandstag stand im Zeichen schwerster Abwehrkämpfe, die von den deutschen Metallarbeitern und ihrer Organisation vom November 1923 bis Mitte 1924 geführt worden sind, Kämpfe, die in organisatorischer Leistung, tapferem Aussharren und Opfermut vieler Hunderttausende einen Ehrenplatz in der Geschichte proletarischer Kämpfe beanspruchen können. Diese Kämpfe waren nicht umsonst. Gelang es in jener Zeit nicht, alle Positionen zu halten — siehe insbesondere Arbeitszeit —, so war es doch auch damals möglich, einen erheblichen Teil

der den Arbeitern von Unternehmerseite zgedachten Verschlechterungen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuweisen und dem Unternehmertum zu zeigen, daß die Metallarbeiter auch in schwerster Zeit zu kämpfen verstehen. Und wir sind nicht dabei stehen geblieben. Von Mitte 1924 bis zum Herbst 1925 standen wir wieder in offensiver Stellung, Zug um Zug uns bemühend, verlorene Positionen wieder zurückzugewinnen und Verbesserungen durchzusetzen. Dann setzte im Spätherbst v. J. jene Wirtschaftskrise ein, die noch heute auf uns lastet.

Der DMB hat auch der schweren Belastung des letzten Jahres standgehalten, sowohl finanziell wie organisatorisch und in der Verteidigung der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Unternehmertum gegenüber. Das bleibt eine geschichtliche Leistung und legt Zeugnis davon ab, daß der DMB innerlich und äußerlich gesund. Wir sind die Letzten, die sich in Selbstgefälligkeit und Zufriedenheit gefallen würden, haben aber auch keine Ursache, das Große, was unser Verband und die in ihm vereinten Mitglieder an Arbeit, Opfern, Kämpfen u. a. in schwerster Zeit geleistet haben, nun etwa zu verbergen oder von wenig wohlwollenden Kritikern mit einer Handbewegung abtun zu lassen.

Wie steht es nun mit jenen „Wirtschaftsführern“, die 1923/24 der Welt verkündeten, daß Deutschlands Wirtschaft durch verlängerte Arbeitszeit, niedrige Löhne und ähnliches zur Gesundung komme? Von engstirnigem Klassenegoismus beseelt, haben sie die gleiche Politik im Jahre 1925 durch neue Steuergesetze, Schutzzölle usw. fortgesetzt und sind dabei bis heute verblieben. Zurzeit heißt ihr Schlagwort: „Rationalisierung der Wirtschaft“. Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, diesen Vorgängen wie ihren Zusammenhängen zu folgen und sich von dem genannten Schlagwort nicht blenden zu lassen. Technische Fortschritte, ja. Dagegen haben wir uns nie gestemmt, sondern sie stets befürwortet. Eine geordnete, planmäßige und vernünftige Wirtschaft, die faule Glieder abstößt, unnütze und unproduktive Zwischenglieder ausscheidet, jeden einzelnen als nützlich und notwendiges Glied der menschlichen Gesellschaft auf den rechten Platz stellt und die Erträgnisse der Gesamtheit zugute kommen läßt, das haben wir als freie Gewerkschafter und Sozialisten immer gefordert. Doch den Weg geht das Unternehmertum mit „seiner Rationalisierung“ nicht. Seine Handlungen sind diktiert vom höheren Profitinteresse, den Einfluß der großkapitalistischen Kreise stärkend, geleitet von dem Motiv, seine Macht zu stärken und oben zu bleiben, unbekümmert darum, ob dieser Weg schließlich über Millionen Reichen hinweg führt. Auch hunderttausende seither selbständiger Existenzen bleiben auf der Strecke. Was zerfällt, ziehen großkapitalistische Kreise an sich. Und liegen Millionen Arbeiter auf der Straße, was kümmert es die Kapitalisten, wenn sie mit weniger Arbeitskräften im Betriebe das gleiche und mehr produzieren können. Ihre Kartelle, Syndikate usw. sorgen dafür, daß die Preise hoch und ihr Profit nicht geschmälert wird. Eine Reservearmee von Millionen Erwerbsloser aber gibt dem Unternehmer das beruhigende Gefühl, daß die im Betrieb verbliebenen Arbeitnehmer nicht „zu üppig“ werden und hohe Forderungen stellen. Die kapitalistische Wirtschaft erteilt uns gegenwärtig einen Anschauungsunterricht, wie er in den besten Lehren unserer geistigen Vorkämpfer nicht klarer zum Ausdruck kommen konnte. Die Lehren von Karl

Marx über das Wesen, die Tendenz und Triebkräfte des Kapitals werden neu erhärtet, nicht minder die Notwendigkeit, an die Stelle kapitalistischer Herrschaft eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu setzen. Doch das unter der Krise leidende Proletariat muß auch einsehen, daß die von uns anzustrebende sozialistische Gesellschaft und Wirtschaft nur durchgesetzt und von uns erhalten werden kann, wenn die Arbeiterklasse aus ihren Reihen die materiellen, organisatorischen und geistigen Kräfte heranbildet und stellt, die es befähigen, dieses größte Kulturwert zu vollbringen. Das ist der entscheidende Punkt und mit ihm die Frage, ob es gelingt, in absehbarer Zeit das Proletariat über seine heutige politische Zerklüftung hinwegzubringen und zum gemeinsamen Wirken und Kämpfen zu vereinen. Leicht ist das nicht. Und doch muß es gelingen, wenn nicht die große historische Mission des Proletariats an seiner eigenen Unfähigkeit scheitern soll. Das wünschen seine Widersacher, das erhoffen die Träger und Verteidiger kapitalistischer Herrschaft, die sich mit Fleiß — und bisher leider mit Erfolg — bemühen, immer wieder den Keim der Zwietracht in Arbeiterkreisen zu nähren und einen Teil der werktätigen Schichten vor den Karren ihrer arbeiterfeindlichen Politik zu spannen.

Den Vertrauensleuten der freien Gewerkschaften fällt die Aufgabe mit zu, dem Proletariat die Wege zu weisen, die es zusammensühren. Sammelbeden dafür sind die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die das werktätige Volk als Klasse vereinen und vom Boden des Klassenkampfes aus die Sache des Proletariats gegen die besitzende Klasse verfechten. Die proletarischen Organisationen müssen alle Klassengenossen umfassen. Das Bekenntnis zur gemeinsamen Sache und die Anerkennung der Statuten, Richtlinien und Programme, die sich die Organisationen selbst geben, bilden die Grundlage der Vereinigung. In diesem Rahmen muß dem einzelnen das Recht freier Meinungsäußerung gegeben sein, sowie die Sicherung, als gleichwertiges Mitglied behandelt und an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen zu können. Demokratie innerhalb der proletarischen Organisationen heißt, daß gefaßte Beschlüsse einheitlich durchgeführt und die Geschlossenheit der Aktion gewahrt werden. Hat die Mehrheit ihre Entscheidungen getroffen — bei den vorherigen Beratungen hat jeder das Recht und die Pflicht, seine Ansicht sachlich zu vertreten —, muß die Minderheit sich fügen und mit für die Durchführung dieser Beschlüsse eintreten. Demokratie bedeutet jedoch nicht, daß die Mehrheit die sachlichen Einwände und Argumente einer Minderheit einfach ignorieren und über sie hinweggehen könnte. Die Mehrheit hat vielmehr die Pflicht, auch einer Minderheit möglichst Entgegenkommen zu zeigen, Kollegialität zu üben und die Überzeugung Andersdenkender zu achten. Das setzt allerdings voraus, daß auch die Minderheit ihre abweichenden Ansichten sachlich vertritt, sich in kollegialem Rahmen bewegt und die Ansicht der Mehrheit ebenso achtet. Gegenseitige Toleranz und Achtung sind notwendig, wenn alle Teile der gemeinsamen Sache mit Lust und Liebe sich hingeben sollen. Das aber ist erforderlich, um einer großen Massen- und Klassenbewegung die innere Tragfähigkeit zu geben, der sie in opferreichen Kämpfen bedarf, ist notwendig, um die Werbekraft der Bewegung zu steigern und diejenigen proletarischen Schichten mit in ihren Bann zu ziehen, die heute noch abseits stehen.

Dem Verbandstag in Bremen fällt eine führende Aufgabe zu. Er muß zeigen, daß sachliche, geistig hochstehende Auseinandersetzungen nicht nur möglich sind, sondern in ihrem Ausklang und Abschluß auch der gemeinsamen Sache zum Vorteil gereichen. Mögen die Geister ringen. Es gilt, die Waffen zu schärfen und der Organisation die Stärkung zu geben, deren die deutsche Metallarbeiterschaft in den schweren Kämpfen der nächsten Zukunft bedarf. Und nicht nur sie. Die gesamten Arbeiter leiden unter der schweren Krise, sie alle traf das gleiche Schicksal, das gleiche Los. Wir sind solidarisch und untrennbar mit dem gesamten Proletariat verbunden. Den Verbandstagsdelegierten der stärksten Gewerkschaftsorganisation aber fällt auch die Aufgabe zu, in geistiger Erkenntnis, organisatorischem Fortschritt und Ausbau mit führend voranzugehen, dabei für die zwingend notwendige Einigung der Arbeiterklasse die Wege bereitend.

Möge Bremen gute Arbeit leisten.

Krise und europäische Wirtschaftseinheit

Tony Sender

II.

Wenn man bedenkt, daß während des Weltkrieges die sechs europäischen Großmächte allein insgesamt etwa 60 Millionen Menschen zum Militär einberufen hatten, so kann man sich auch eine ungefähre Vorstellung davon machen, welcher ungeheuren Produktionsausfall dies bedeutete. Ist dies schon an und für sich bedeutend genug, so ist frappierender noch die Änderung in der Mentalität: Während bis zum Kriege die aufsteigende Linie allein befriedigen konnte, ist man noch jetzt, zwölf Jahre nach Kriegsausbruch, dabei, das Jahresergebnis mit dem des letzten Vorkriegsjahres zu vergleichen und als zufriedenstellend zu bezeichnen, wenn der Vorkriegsstatus wieder erreicht ist.

Aber auf dem landwirtschaftlichen Gebiet kann dies für Europa noch keineswegs festgestellt werden. Auch hier sei nur ein markantes Beispiel herausgegriffen. Während sich die gesamte Weltgetreideproduktion im Durchschnitt der Jahre 1923/25 ungefähr auf dem Vorkriegsstande befand, ist Europas Anteil bedeutend gesunken. Entfielen doch im Jahrfünft 1909/13 auf Europa (ohne das heutige Gebiet der Sowjetunion, jedoch mit Einschluß der heutigen Randstaaten) 36,8 Prozent der Weltweizenernte, 1923 jedoch nur 33 Prozent und 1924 sogar nur 30,9 Prozent. Für das heutige Gebiet der Sowjetunion betragen die entsprechenden Ziffern: 18,5, 8,6 und 9,7 Prozent. Einschließlich Rußland entfielen auf Europa vor dem Kriege über 55 Prozent der Weltweizenernte, 1923 nur 41,6 Prozent und 1924 nur 40,6 Prozent. Die Ursachen dieser Erscheinung sind in den einzelnen Ländern verschieden, wirken jedoch alle in der gleichen Richtung. So ist die Abhängigkeit Europas für seine Lebensmittelzufuhr von Übersee gestiegen; denn während die europäischen getreideimportierenden Staaten vor dem Kriege noch 52 Prozent ihres Getreidebedarfs aus europäischen getreideexportierenden Staaten beziehen konnten, haben im Jahre 1924 die europäischen Produktionsgebiete dorthin nur noch 18 Prozent, die überseeischen aber 82 Prozent des Getreidebedarfs geliefert.

Bedenkt man aber, daß schließlich jede Einfuhr bezahlt werden muß durch den Erlös der Ausfuhr, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit gesteigerter Ausfuhr europäischer Fertigerzeugnisse nach Übersee.

Falsch wäre es anzunehmen, es hätte während der Kriegsjahre jeder technische Fortschritt in der Industrie stillgestanden. Im Gegenteil, die Entwicklung war auf manchen Gebieten eher stürmischer zu nennen: auf dem Gebiet der **mechanischen Motoren**. Woytinsky schätzt die Kräftezahl der Motoren in der Weltindustrie im Jahre 1911 auf 75 Millionen Pferdekraft und nimmt an, daß im Jahre 1925 die Kraft der mechanischen Motoren der Weltindustrie nicht weniger als 120 bis 130 Millionen PS betragen hat. Eine Steigerung der Produktivkräfte der Welt ist unleugbar — anders aber verhält es sich mit der industriellen Produktion selbst. Da wird das Bild der Nachkriegsentwicklung ein dem der Vorkriegszeit diametral entgegengesetztes. Einer stetigen Aufwärtsentwicklung damals steht heute eine vollkommen ungleiche Entwicklung gegenüber. Greifen wir zunächst als die wichtigsten Schlüsselindustrien die **Weltproduktion an Kohle, Rohöl und wichtigsten Metallen in Prozenten der Produktion von 1913 heraus:**

Jahr	Kohle	Rohöl	Roheisen	Kupfer	Blei	Zinn	Zinn	Aluminium
1901	59	44	58	55	77	50	62	—
1902	61	48	57	57	73	52	63	—
1903	66	50	60	61	74	56	69	—
1904	67	57	59	70	77	61	70	—
1905	71	56	69	74	76	64	75	—
1906	76	56	76	76	77	68	78	—
1907	84	68	78	74	87	72	79	—
1908	80	74	62	78	84	71	83	24
1909	84	78	78	88	88	79	86	45
1910	87	86	84	90	93	83	86	62
1911	89	90	82	90	95	89	85	69
1912	94	92	95	101	96	98	93	104
1913	100	100	100	100	100	100	100	100
1914	91	104	80	93	91	85	93	122
1915	90	111	84	114	89	82	94	116
1916	96	132	101	142	97	97	93	169
1917	101	134	88	144	100	97	96	225
1918	100	136	82	141	97	80	92	262
1919	88	147	64	100	71	65	91	220
1920	99	192	76	96	72	72	91	228
1921	85	208	45	53	67	45	79	136
1922	91	231	70	86	84	73	96	159
1923	100	271	84	123	96	93	96	247
1924	100	269	80	130	99	95	100	—
1925	97	281	91	—	—	—	—	—

Raum daß Kohle die Vorkriegsleistung erreicht hat, fast alle anderen Produkte bleiben dahinter zurück — eine Ausnahme bilden nur Petroleum und Aluminium —, erklärlich daraus, daß beide Stoffe so innig verbunden sind mit der neuesten Entwicklung der Technik, so daß ihre Kurven gesondert zu werten sind. Drückt sich doch darin die völlige Richtungsänderung in der Entwicklung aus.

Deutlicher noch zeigt sich die Richtung auf dem Gebiet der Textilindustrie an. Hat sich in der Zeit von 1913 bis 1925 die Gesamtzahl der Spindeln in

den Baumwollspinnereien um 17 914 000 vermehrt, so entfallen davon auf Europa doch nur 1 619 000 Spindeln, während rund 8 Millionen auf Amerika und $8\frac{1}{2}$ Millionen auf Asien kommen. Hier also ganz deutlich eine Verschiebung des Schwergewichts der Produktion von Europa nach Übersee.

Es ist hier schon eingehend behandelt worden, wie der Krieg ein starker Anstoß für Amerika gewesen ist zum Aufbau einer großen eigenen Flotte. Wenn auch das stürmische Tempo der Kriegsjahre angesichts des Überflusses an Welttonnage nicht innegehalten werden konnte, so rangiert doch Amerika im Gegensatz zu früher mit an erster Stelle für seine Tonnage, und da ein umfassender Teil seiner Schiffe auf die moderne Ölfeuerung eingestellt ist, hat man auch mit Erfolg Wert auf ein umspannendes Netz von Ölstationen über die ganze Welt gelegt. Noch auffallender aber ist Amerikas Vorsprung auf dem Gebiet der Kraftwagen. Anfang 1916 gab es

in den Vereinigten Staaten

in allen übrigen Ländern

Personenwagen	17 317 357	3 481 794
Lastkraftwagen	2 446 579	1 008 360
Motorfahräder	1 555 000	1 364 265
Omnibusse	80 000	101 573

Wenn auch allenthalben in der Welt die Verkehrsmittel eine bedeutende Entwicklung genommen haben, so ragt doch Amerikas Anteil weit über alle anderen hinaus.

Nicht minder bedeutsam ist die Überflügelung des europäischen Anteils am Welthandel durch Amerika und auch durch Asien. Hierin wohl am deutlichsten offenbart sich die Wirkung des Krieges, die bestimmte internationale Arbeitsteilung zerrissen und in den bis dahin industriell unentwickelten Staaten das Bedürfnis nach Autarkie erweckt zu haben.

In den ersten Nachkriegsjahren war in den meisten Ländern der ungedeckte Bedarf so groß, daß die Nachfrage das Angebot an Waren weit übertraf. Aber schon bald setzte die Reaktion ein, starke Arbeitslosigkeit trat auf, Valutaelend, Inflation, Reparationsfrage, die ungelöste Frage des Friedens lastete auf den europäischen Nationen. Nach der Stabilisierung in einigen Staaten drückte sich der Zustand nur noch deutlicher aus. Und die Folge mußte sein eine völlige Zerrüttung des Weltmarktes. Wohl ist die wertmäßige Differenz der gesamten Ein- und Ausfuhr der Welt gegenüber 1913 anscheinend gestiegen, doch muß beachtet werden, daß gegenüber dem Vorkrieg eine starke Preissteigerung eingetreten ist, bei deren Berücksichtigung das Ergebnis ein stark entgegengesetztes ist. Bei Umrechnung des heutigen Geldwertes auf den von 1913 ergibt sich:

**Summe der Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel der Welt
in Geldeinheiten von 1913**

	in Millionen Dollar	in Millionen Mark	in Prozent der Umsätze
1913	40 293	169 200	100
1920	29 000	122 200	72
1921	28 000	119 500	70
1922	30 000	127 700	75
1923	32 000	135 500	80
1924	36 000	151 000	90

Wenn auch seit dem Kriegsende wieder ein langsames Aufsteigen zu verzeichnen ist, so bleibt das Endresultat doch noch sehr erheblich gegenüber dem des letzten Friedensjahres zurück. Doch muß auch dieses Bild erst voll entschleiern und festgestellt werden, wieviel der Senkung auf die einzelnen Weltteile entfällt. Da aber stellt sich heraus, daß fast den vollen Anteil an diesem Sinken Europa zu tragen hat, während die anderen Weltteile eine Zunahme ihres Anteils am Welthandel verbuchen konnten! Und dies trotzdem durch die weitere Zerreißung Europas als Folge der Friedensverträge heute manches zum internationalen Handel gerechnet wird, was früher Bestandteil des Binnenhandels war. Und trotzdem das nachstehende Ergebnis:

Summe der Ein- und Ausfuhr nach Weltteilen:

Weltteil	1913	1920	1921	1922	1923
	in Millionen Reichsmark (Kaufkraft von 1913)				
Europa .	108603	60173	62131	68135	70275
Amerika .	33624	39189	32228	32674	36645
Asien .	17118	16343	16530	18474	19269
Afrika .	5850	4108	4412	4782	5108
Australien	4035	2380	4155	3588	4181
Zusammen	169230	122194	119456	127654	135477

Der ganze Rückgang auf Kosten Europas! Kann es uns da beruhigen, daß sein absoluter Anteil immer noch im vordersten Range steht? Geht die Entwicklung in dieser Richtung ohne Hemmung weiter, dann muß ja auch dieser Vorsprung bald eingeholt sein; ganz abgesehen davon, daß wohl der Löwenteil des europäischen Außenhandels auf den innereuropäischen Güteraustausch entfällt und sein Anteil am interkontinentalen Handel weit geringer sein dürfte.

Ist so Europas rückgängiger Anteil am Status der Weltproduktion auf allen Gebieten deutlich, besonders stark auf dem des neuen Betriebsstoffs, des Erdöls und der weißen Kohle, so ist die Situation noch weit bedenklicher in bezug auf die Produktivkräfte und die Produktion. Nicht nur der aktuelle Reichtum beispielsweise Amerikas hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen, während in Europa Reichtumszerstörung stattfand, sondern die Fähigkeit zur Wertschöpfung ist in der neuen Welt weit größer geworden als in der alten. Das läßt sich auf den wichtigsten Produktionsgebieten nachweisen. Konnte im letzten Friedensjahr Europa noch einen doppelt so hohen, für einige Produkte noch größeren Metallverbrauch gegenüber dem amerikanischen verbuchen, so ist das Verhältnis heute direkt umgekehrt: Amerikas Metallverbrauch hat den europäischen auf allen Gebieten überflügelt. In der Gummiindustrie ist das Ergebnis noch viel krasser — eine Folge der starken Automobilverwendung in der neuen Welt. War Europas Verbrauch vor dem Kriege im Vergleich zum amerikanischen noch 91 Prozent, so ist heute der europäische Anteil am Gummiverbrauch auf 24 Prozent des amerikanischen zurückgegangen. Ein ähnliches Bild ergibt die Seidenproduktion.

Nun brauchte man ja keineswegs den Ehrgeiz zu haben, Europa im Wettstreit der Kontinente an der Spitze marschieren zu sehen. Unsere Betrachtungen haben denn auch nicht das Mindeste mit solchem imperialistischen Ehrgeiz zu tun. Doch muß dieser stete Rückgang Europas in Beziehung gesetzt

werden zu seiner ganzen, nun einmal historisch gegebenen Struktur — dann erst wird man den ganzen Ernst, die große Lebensgefahr für die europäische Menschheit erkennen. Ist doch Europa ein überbevölkerter Weltteil, dessen Bevölkerungszunahme hauptsächlich eine Zunahme der städtischen Industriebevölkerung bedeutet, das folglich immer weiter starken Einfuhrbedarf an ausländischen, das heißt überseeischen Rohstoffen und auch an Lebensmitteln aus überseeischen Überschußgebieten haben wird. Dieser überseeische Einfuhrbedarf aber kann nur mit den überschüssigen Produkten der eigenen europäischen Wirtschaft bezahlt werden. Man weiß aber, daß die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft es zur Notwendigkeit machen, stets auf erweiterter Stufenleiter zu produzieren — demnach auch steigende Mengen ausländischer Rohstoffe einzuführen. Woraus logisch zu folgern, daß Europa um seine Existenz ringt, wenn es danach trachtet, seine ununterbrochen steigende Ein- und Ausfuhr, wie sie in der Vorkriegszeit bestand, wiederzuerobern. Nicht etwa um Amerika zu überflügeln oder etwa ihm unbedingt gleichzukommen — sondern lediglich um seiner eigenen Existenz willen!

Langsam erst dringt diese Erkenntnis in Europa ein; langsamer noch hält man ernsthaft Umschau nach den Auswegen aus dieser äußerst kritischen Situation. Und diese Auswege müssen auf zwei Gebieten beschritten werden, auf dem wirtschaftlich-technischen sowohl wie auf dem politischen. Es ist klar, daß die bürgerliche Welt auf das erstere Gebiet den größeren Nachdruck legt und dem zweiten gegenüber am liebsten Vogelstraußpolitik betreibt. In einem letzten Aufsatz werden wir klarzulegen haben, wie eines nicht vom andern zu trennen ist, wie aber auch, bei einigem Vertrauen in die eigene Kraft, Europa nicht zu resignieren braucht.

Die weltwirtschaftliche Konjunktur im 1. Halbjahr 1926

Dr. Judith Grünfeld (Genä)

Der Kohlenstreik in England und der Währungsverfall in Frankreich haben im zweiten Quartal dieses Jahres eine große Unsicherheit in die europäische Wirtschaftskonjunktur hineingetragen. Der internationale Devisenmarkt war in den letzten Monaten durch neue starke Währungsschwankungen erschüttert. Der belgische Frank und die italienische Lira erfuhren eine erhebliche Entwertung. Den Abstieg der drei erwähnten Währungen kann man an der Hand der Londoner Notierungen deutlich verfolgen:

	Paris	Brüssel	Italien
	Frank für 1 £	Frank für 1 £	Lira für 1 £
Januar . . .	129	107	120
März . . .	130	107	121
April . . .	139	130	121
Mai . . .	154	157	121,10
Juni . . .	155	154	128

Hier handelt es sich um die monatlichen Durchschnittskurse, während die Höchstnotierungen an einzelnen Tagen noch ein schnelleres Tempo der Entwertung aufzeigen; so betrug zum Beispiel im Mai die Höchstnotierung für das englische Pfund 175 französische Franken und im Juni zahlte mon

bereits über 200 französische Franken für das englische Pfund. Aus den obigen Angaben kann man ersehen, wie der belgische Franken, der zu Beginn dieses Jahres infolge des Stabilisierungsversuches viel fester stand als der französische, in den Strudel der fortschreitenden Entwertung hineingerissen wurde und im Juni auf den Tiefstand von nur 14 Prozent der Vorkriegsparität, gleich dem französischen Franken, herabstürzte. Die Stabilisierung des belgischen Franken scheiterte nämlich an dem Widerstand belgischer Interessentenkreise, die die notwendige Konsolidierung der schwebenden Schuld des Staates hintertrieben. Die äußerst verworrene Finanzlage Frankreichs hat ja auch bisher den französischen Franken immer mehr auf die abschüssige Bahn gebracht. Es ist bezeichnend, daß das Pfund Sterling trotz des Kohlenstreiks und der dadurch verursachten Geschäftsstockung in der englischen Industrie am 15. Mai über pari gegenüber dem Dollar stand, während in Frankreich, wo die Industrie zum Teil über ihre Leistungsfähigkeit hinaus beschäftigt ist, gleichzeitig der stärkste Frankensturz zu beobachten war.

Die finanzpolitischen Kämpfe, die in den europäischen Inflationsländern zurzeit noch ausgefochten werden, der Kampf nämlich für und gegen die Stabilisierung und für entsprechende Steuerreformen gewinnen eine besondere Bedeutung auch für diejenigen Länder, die, wie zum Beispiel England und Deutschland, die Stabilität ihrer Währungen unter allen Umständen aufrecht erhalten. In diesen Ländern macht bekanntlich die Industrie, wie insbesondere in Deutschland, eine schwere **Umstellungskrise** durch und dieser Umstellungsprozeß wird durch die Konkurrenz der Inflationsländer noch verwickelter. Die europäische Wirtschaft wird zurzeit von entgegengesetzten Krisen erschüttert, in dem einen Lande ist es die Sanierungskrise, die die gesamte Wirtschaft zur Umstellung drängt, in dem andern Lande die Währungskrise, die die Wirtschaft dem Laumel der Inflation und der allgemeinen Unsicherheit preisgibt. Konnte man in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres den Eindruck gewinnen, daß die Tendenz zur Konsolidierung der Währung und der Wirtschaft in West- und Osteuropa allmählich die Oberhand gewinnt, so bedeutet nun die neue Währungsentwertung in den genannten westeuropäischen Ländern und die Inflationserscheinungen in Polen und Sowjetrußland gewissermaßen einen Rückfall. Jene entgegengesetzten Krisenmomente, die sich gegenwärtig in der europäischen Wirtschaft auswirken, führen aber in einem Punkte die gleiche verhängnisvolle Erscheinung herbei, nämlich den **Schwund der Kaufkraft**, der schließlich die Absatzschwierigkeiten in ganz Europa immer mehr zu einem äußerst komplizierten Problem gestaltet. In den Ländern der „Umstellungskrise“ sind es die vielen Millionen Arbeitslosen, deren Kaufkraft, wie in Deutschland und England, verschwindend gering ist, und in den Inflationsländern sind es die Papierlöhne, die die Kaufkraft der Massen tief herabdrücken. Das **Arbeiterelend** nimmt also in allen europäischen Ländern zu. Angesichts dieses Massenelends und der lächerlich geringen Mittel, die für die produktive Erwerbslosenfürsorge aufgewendet werden, muß die enorme **Geldflüchtigkeit**, die in den letzten Monaten auf allen europäischen Börsen zu beobachten war, besonders auffallen. Diese Geldflüchtigkeit hat eine starke Effektspekulation auf den Börsen hervorgerufen. Die festverzinslichen Werte als auch die Aktien haben auf den Weltbörsen eine starke Kurssteigerung in den letzten Monaten er-

fahren. Nicht nur die Waren, die in den Lagern aufgehäuft sind, suchen in Europa ihre Abnehmer, sondern auch die flüssigen Geldbeträge, die durch die Wirtschaftskrise freigesetzt wurden, suchten in den letzten Monaten Anlage und flossen den Börsen zu. Diese Erscheinung wurde auch durch die Kapitalflucht aus den westeuropäischen Inflationsländern gesteigert. Das Kapital, dessen Träger bekanntlich dem vollblütigen Nationalismus huldigen, besitzt die erstaunliche Fähigkeit, aus jeder nationalen Krise, wie sie auch geartet sein mag, unversehrt hervorzugehen und so konnte man auch in der letzten Zeit beobachten, wie zum Beispiel das französische und belgische Kapital auf der Flucht aus ihrem Vaterlande deutsche Aktienwerte mit Vorliebe aufnahmen. Andererseits zeigte sich seit Beginn dieses Jahres an den internationalen Geldplätzen eine zunehmende **aktive Betätigung** Deutschlands.

Auf dem deutschen Geldmarkte herrschte seit Januar dieses Jahres eine Überfülle, wie sie im vorigen Jahre noch kaum denkbar erschien. Die deutschen Banken waren in ihrer Kreditpolitik gegenüber der Wirtschaft übertrieben vorsichtig und suchten für ihren Geldüberfluß Anlagemöglichkeiten im **Auslande**. Besonders London hatte bis Juni einen erheblichen Zufluß an kurzfristigen deutschen Geldern zu verzeichnen und es wird sogar angenommen, daß dieser Umstand zur Erleichterung der englischen Geldlage während des Generallstreiks beigetragen habe. Gleichzeitig flossen deutsche Geldbeträge auch den Börsen in Newyork und Amsterdam reichlich zu. Auf den deutschen Börsen selbst konnte man in diesem Jahre eine starke Effektenhauffe, eine glänzende Börsenkonjunktur beobachten. Die deutschen Börsen haben aber dabei ihr Interesse hauptsächlich den größten und stärksten Unternehmungen, deren Aktien insolge dessen stark im Wert gestiegen sind, zugewandt. „Die ‚Großen‘ bekommen Kapital vom Auslande und vom Inlande, sobiel sie nur wollen und den Großen wendet sich auch die Gunst der Börse zu, die keineswegs eine durchschnittliche Besserung ihres allgemeinen Kursniveaus durchgeführt hat,“ hebt Felix Pinner im Berliner Tageblatt vom 26. Juni d. J. treffend hervor. Diese Feststellung ist deswegen von besonderer Wichtigkeit, weil ja gerade die mittleren und kleineren Unternehmungen unter der Kapitalnot und der Wirtschaftskrise am stärksten leiden. Die „vorsichtige“ Kreditpolitik der deutschen Banken, die ihre flüssigen Mittel in den letzten Monaten im Auslande anlegten, trifft gerade diese mittleren Unternehmungen am empfindlichsten und zwingt sie häufig zur Stilllegung der Betriebe, wodurch die Arbeitslosigkeit noch gesteigert wird. Die dadurch geschaffene Situation schildert Prof. Julius Hirsch in einem Beitrag „Helft den Arbeitslosen“ (Berl. Tagebl. 27. Juni) folgendermaßen:

„Ein Mehrkredit von einer Milliarde Mark aufs Jahr würde eine Mehrbeschäftigungsmöglichkeit für etwa 400 000 Arbeitskräfte bedeuten haben... Die Pfänderpolitik der Banken war im Vorkriegsdeutschland fast unbekannt. Hier liegt eine der zusätzlichen, unnötigen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Viele Zehntausende von Arbeitslosen hätten bei weniger rigoroser Handhabung der Kreditbedingungen unserer Banken Arbeit und könnten Werte schaffen.“

Diese treffenden Ausführungen setzen die Politik der deutschen Banken, die unter Verkennung der Nöte der eigenen Wirtschaft und unter Mißachtung der Massenarbeitslosigkeit im Auslande Anlage für ihre flüssigen Geldmittel suchen, ins rechte Licht. Während die **Produktion** in Europa stagniert, nimmt

Die Spekulation auf den europäischen Börsen einen immer stärkeren Anlauf. Die spekulativen Gewinnmöglichkeiten werden eben den Produktions Sorgen vorgezogen, die Millionen Arbeitslosen mögen sehen, wie sie durchkommen. Die Absatzmärkte werden hierdurch freilich immer mehr eingeengt und die Warenmärkte befinden sich im Zustande anormaler Geschäftslosigkeit und Unsicherheit. Setzt man den Inlandsabsatz in Deutschland im Jahre 1913 (neues Reichsgebiet) gleich 100, so ergibt sich nach den Angaben der Reichskreditgesellschaft für 1924 und 1925 eine Indexzahl von zirka 97, für das erste Vierteljahr 1926 dagegen ein Rückgang bis auf etwa 90 und für April und Mai sogar nur eine Zahl von weniger als 80. Wie man sieht, war der Rückgang des deutschen Inlandsabsatzes in den ersten 5 Monaten dieses Jahres recht erheblich. Der Rückgang des Massenverbrauches in Deutschland geht besonders deutlich aus der Abnahme des Verbrauches an Textilstoffen hervor. Da die Textilindustrie in Deutschland fast ausschließlich auf die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen ist, so kann man aus der Statistik der Einfuhr von Textilrohstoffen und Halbfabrikaten auf den Stand der Produktion und des Verbrauches in Deutschland schließen. Während nur Deutschland im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 17,75 kg verschiedener Kleidungsstoffe einfuhrte, betrug diese Zahl im Jahre 1925 lediglich 13,31 kg pro Kopf der Bevölkerung. Trotzdem in den Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren die Einfuhr an Textilrohstoffen nach Deutschland sehr gering war und die Massenverbraucher sich jahrelang stark einschränken mußten, erreichte diese Einfuhr im vergangenen Jahre immer noch nur 75 Prozent der Vorkriegseinfuhr pro Kopf der Bevölkerung. In diesem Jahre ist diese Rohstoffeinfuhr im Vergleich zum Vorjahre noch zurückgegangen.

Bekanntlich setzt sich die herrschende europäische Wirtschaftspolitik nur allzu leicht über den sinkenden Verbrauch im Inlande hinweg und legt besonderen Wert auf den Außenmarkt, auf die Steigerung der Ausfuhr. Nur ist es ohne weiteres klar, daß die gegenseitige Aufnahmefähigkeit der europäischen Industrieländer für ausländische Waren in dem Maße zurückgeht, wie die Kaufkraft der breiten Verbrauchermassen im Inlande abnimmt. In der Tat widerspiegelt auch die Statistik des europäischen Außenhandels diesen Rückgang der Außenhandelsumsätze der europäischen Großmächte. Wenn man auf Grund der Angaben des englischen „Economist“ und der „Wirtschaft und Statistik“ die durchschnittlichen monatlichen Außenhandelsumsätze in den ersten vier Monaten d. J. mit denjenigen der entsprechenden Zeit des Vorjahres vergleicht, so bietet sich folgendes Bild:

Durchschnittliche monatliche Umsätze (Einfuhr + Ausfuhr), Januar bis April

	1925	1926
	in Millionen Reichsmark	
England	3236,0	3092,0
Deutschland	1768,8	1540,4
Frankreich	1493,6	1341,8
Italien	619,4	594,3
4 europäische Großmächte	7117,8	6568,5

Gleichzeitig sind die Außenhandelsumsätze der Vereinigten Staaten von 3152,9 Millionen Reichsmark in den ersten 4 Monaten 1925 auf 3310,4 Millionen Reichsmark in den entsprechenden Monaten dieses Jahres und in Japan von 782,9 auf 813,6 Millionen

Reichsmark gestiegen. Die Außenhandelsumsätze der Vereinigten Staaten und Japans zusammen haben also in der erwähnten Periode fast um 7 Prozent zugenommen, während sie in den genannten europäischen Großstaaten gleichzeitig um 7,2 Prozent zurückgegangen sind. Hierin kommt der Rückgang der Massentaufkraft in Europa klar zum Ausdruck.

Das Sinken der europäischen Nachfrage hat denn auch das Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage auf den Warenmärkten der Welt in den letzten Monaten fast durchweg verschärft. Der bedeutende Ausfall der englischen Nachfrage nach Rohstoffen infolge des Kohlenstreiks hat die preis-sinkende Tendenz auf den Rohstoffmärkten begreiflicherweise gesteigert. Seit Beginn dieses Jahres ist das gesamte Preisniveau auf den Weltmärkten um zirka 8 Prozent zurückgegangen, dieser Preisrückgang hat jedoch keine bemerkenswerte Belebung der Nachfrage herbeizuführen vermocht. Angesichts der günstigen Ernteberichte aus den Vereinigten Staaten, die die Aussicht auf große Ernten an Getreide, Baumwolle, Jute, Gummi usw. eröffnen, sind die Käufer zurückhaltend und rechnen mit weiteren Preisenkungen. Es wird jedoch angenommen, daß die Beilegung des englischen Kohlenstreiks belebend auf die Warenmärkte einwirken würde.

Wie stark die Produktion in der englischen

Eisen- und Stahlindustrie

Infolge des Kohlenstreiks gesunken ist, kann man daraus ersehen, daß im Mai d. J. nur 90 000 Tonnen Roheisen gegenüber 548 000 Tonnen im April d. J. und nur 46 000 Tonnen Rohstahl gegenüber 671 000 Tonnen im April erzeugt wurden.* Die deutsche Roheisengewinnung betrug nach den Angaben der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ im Juni arbeitstäglich 24 003 Tonnen gegen 23 749 Tonnen im Mai und ist somit um 1,1 Prozent gestiegen; sie blieb aber gegenüber März 1925, dem besten Nachkriegsmonat, um 24,9 Prozent zurück. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Hochofen wurde nur zu 47,2 Prozent ausgenutzt. Die amerikanische Stahlindustrie ist immer noch gut beschäftigt und die gesamte Stahlproduktion war im ersten Halbjahr d. J. um 15 Prozent höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die amerikanische Schwerindustrie hat am meisten vom englischen Bergarbeiterstreik profitiert.

In der amerikanischen Textilindustrie weisen die Produktionszahlen und der Rohstoffverbrauch in den letzten Monaten eine sinkende Tendenz auf. Der Preis amerikanischer Baumwolle ist gegenwärtig um zirka 33 Prozent niedriger als vor einem Jahre und nur um 25 Prozent teurer als vor dem Kriege bei einer allgemeinen Teuerung von 50 Prozent. Trotz dieser verhältnismäßig niedrigen Preise ist die Baumwollausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Europa erheblich gesunken. Der Rückgang der europäischen Nachfrage nach amerikanischen Rohstoffen bildet eine der Ursachen der passiven Handelsbilanz der Vereinigten Staaten in den ersten vier Monaten d. J. Daß die wirtschaftliche Depression in Europa schließlich auch den amerikanischen Export trifft, sehen jetzt nicht nur die amerikanischen Farmer ein. Wenn auch die amerikanische Konjunktur immer noch befriedigend verläuft, wird man sich doch drüben immer mehr des wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Europa bewußt. „Die Lage der Exportindustrien in den europäischen Schuldnerstaaten ist mit Ausnahme der Inflationsländer zurzeit ungünstig. Unsere Baumwoll- und Kupferausfuhr nach Europa ist daher trotz der sinkenden Preise in Abnahme begriffen. Wir könnten froh sein,

* The Economist, London, 26. Juni.

Wenn unser Export nicht noch mehr zurückgeht," schreibt die amerikanische Fachzeitschrift „Commerce Monthly“ in ihrem Juniheft. Daß die europäische Wirtschaft tatsächlich zum Krisenherd geworden ist, beweist das verflossene Halbjahr nur allzu deutlich. Anstatt nun neue, durchgreifende Mittel des wirtschaftlichen Wiederaufbaues anzuwenden, treiben die herrschenden Klassen in Europa, wie man zurzeit in England besonders klar beobachten kann, eine bornierte und kleinliche Machtpolitik, die wohl viel verderben, aber nicht im geringsten die verfahrenere europäische Wirtschaftssituation bessern kann.

Nochmals die österreichischen Arbeiterkammern

Viktor Stein (Wien)

Ihren Aufsatz, der einer Darstellung der bisherigen Tätigkeit der Wiener Arbeiterkammer gewidmet ist, schließt Genossin Sender (Nr. 13) mit der Feststellung, die gleichzeitig eine Mahnung ist: daß die Schaffung öffentlich-rechtlicher Kammern der Arbeitnehmer über das ganze Reich besser als alle paritätischen Institutionen dazu geeignet wären, den Einfluß und das Ansehen der Arbeiterschaft zu erhöhen und zugleich ausgezeichnete Vorschulen für die größeren Aufgaben der Zukunft zu werden.

Es war in den letzten Tagen des Wahlkampfes, den wir um die Zusammensetzung der neuen Arbeiterkammer zu führen hatten — die 5jährige Funktionsdauer der ersten war zu Ende —, als ich die Worte unserer Genossin Sender las. Sie haben daher auf mich wahrscheinlich einen noch tieferen Eindruck gemacht als auf andere Leser, aber schon dieser Umstand bestimmt mich zu einigen prinzipiellen Bemerkungen, bei denen der Abschluß des Wahlkampfes auch in den Bereich der Betrachtungen gezogen werden soll, soweit dies für die deutschen Betriebsräte von Wert sein kann. Ich darf wohl mit einer Beichte beginnen: Als wir die Arbeiterkammern vor 6 Jahren bekamen, habe ich diese Körperschaften nur ungerne gesehen. Mir schien, wenn auch in sehr veränderter Gestalt, ein altes Experiment neu aufzutauhen, eine Zwangsorganisation, die mit ihrem Wirken die freie, selbstgeschaffene und aufs beste bewährte an die Wand drücken könnte, ja drücken muß, da ihr das Gesetz ein wenig mehr an Betätigungsmöglichkeit zuweist, als die Gewerkschaften sich über den engsten Kampf um mehr Lohn und Arbeitszeitregelung im Laufe der Zeiten geschaffen haben. Damals hatten wir die 100prozentigen Organisationen, die natürlich einen sehr großen Teil unfertiger, vor allem sozialistisch unfertiger Mitglieder in ihren Verzeichnissen mitführten. War es da nicht bedenklich oder gar gefährlich, diesen Leuten, deren Organisationsbegeisterung viel, viel größer war als ihre Organisationsstreue, diesen Leuten, deren Befriedigung mir damals mit wachsenden Schwierigkeiten zu ringen schien: war es da nicht bedenklich oder gar gefährlich, das junge revolutionäre Feuer in dem beengenden Getriebe einer gesetzlichen Zwangsorganisation zu ersticken und den neuen, nicht genügend aufgeklärten Gewerkschaftsmitgliedern zu zeigen, daß es auch andere und dazu billigere Organisationsformen gibt, die neben der Begutachtung von Gesetzentwürfen, Denkschriften, Einforderung von statistischem Material auch vieles von dem leisten, was von den Gewerkschaften bislang geleistet wurde?

So bot sich damals, 1920 und 1921, die Situation jedem Beobachter, der an der Oberfläche haftend über sah, daß man die wahrscheinlichen Gefahren immer anders beurteilt, als sie dann tatsächlich werden. Dieses Bekenntnis bedeutet doch nur, daß — Genossin Sender wendet die Worte des Berichtes ebenfalls an — der revolutionäre Idealismus mit dem revolutionären Realismus der Gestaltung in Konflikt geriet, in einen Konflikt, bei dem es sich neuerdings erwies, daß Revolution nicht bloß im Hüten alter, gewiß sehr schöner Grundsätze, nicht bloß im Niederreißen der sich uns entgegenstimmenden Hindernisse besteht, sondern in sehr hohem Maße im Aufbau einer neuen Ordnung.

Ich habe also die Arbeiterkammern als im Widerspruch — wirklich nur scheinbar im Widerspruch — mit unseren alten Anschauungen stehend nicht gerne gesehen; ich habe diesmal, selbst Kandidat für die Wiener Arbeiterkammer, sehr aktiv an dem Wahlkampfe teilgenommen; ja, mehr noch, ich habe, ohne daß ich dies Lob für alle Details der Arbeiterkammerpraxis gelten lassen wollte, den Arbeitern und Angestellten in zahlreichen Versammlungen den revolutionären Wert der Arbeiterkammern vor Augen geführt und sie im Namen der Förderung der revolutionären Entwicklung der Dinge zur Teilnahme an den Wahlen aufgemuntert. Was mich dazu bestimmt hat? Wir haben die 100prozentige Gewerkschaftsorganisation nur mehr in wenigen Industriezweigen (am besten sind die Dinge noch in der Metallindustrie). Die Differenzierung der Geister hat — leider — auch in der Arbeiterschaft große Fortschritte gemacht. Das ist eine Folge der Erstarkung des Kapitalismus, der vor allem die Wirkungen der schweren nunmehr dreijährigen Wirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft ausnützt, indem er ihr durch geschickte Methoden (Flugblätter, die in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurden und die Unterschrift irgend eines Arbeiters trugen; durch finanzielle Förderung der gelben Presse; durch Bevorzugung anders organisierter Angestellter und dann auch Arbeiter; durch Verbreitung öder Schimpfereien, die moralisch anrüchige Subjekte, wie ein ausgeschlossener Betriebsrat des Arsenal — gemeinwirtschaftliche Anstalt — oder ein entlassener Konsumvereinsfunktionär gegen die Partei geschrieben haben) Mißtrauen gegen ihre Organisation beibringt. Nahezu 200 000 arbeitslose Menschen in einem Lande, das kaum einer Million Arbeitsgelegenheit bietet, sind natürlich Träger entweder besonders übertriebenen Radikalismus oder — was leider noch öfter vorkommt — großer Verärgerung und nur schwer behebbarer Mutlosigkeit. Diese Dinge dürfen von uns nicht übersehen oder unterschätzt werden. Mit ihnen haben unsere braven Betriebsräte täglich zu tun und zu ringen. Je schärfer die Krise wurde, je häufiger und größer die Entlassungen, je stärker also die Stellungen des Kapitalismus im Vergleich mit unseren, um so mehr wuchsen die rein gewerkschaftlichen, organisatorischen und agitatorischen Aufgaben und Mühen der Betriebsräte. Sie begriffen, welchen großen Wert eine gute geschlossene Organisation für ihre Tätigkeit hat.

Doch nicht nur rein materielle Tatsachen kamen da in Betracht. Wenn irgendwo die andauernde revolutionäre Gärung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation geradezu greifbar vor Augen trat, so bei uns. Die unzähligen „Affären“ in unserer Wirtschaft, die noch zahlreicheren Versuche, da und dort eine Änderung, eine Verbesserung herbeizuführen, die bössartigen

Wirkungen der kapitalistischen Sanierung, das Schwinden alter, finanziell gut fundierter Banken, die ebenso den Platz räumen mußten wie verfrachtete Institute, die schweren Angriffe auf sozialpolitische und lohnpolitische Rechte der Arbeiter, die Massenentlassungen von Beamten in öffentlichen und privaten Diensten, die in unfündbaren, sicheren Stellungen tätig zu sein glaubten und nun durch die Erinnerung an ihre Existenzunsicherheit und in ihrem Glauben an die kapitalistische Ordnung erschüttert, nicht bloß geistig, sondern auch klassenorganisatorisch zu uns herabgleiten: all dies und noch vieles andere zeigt auch dem ungeübten Beobachter gesellschaftlicher Geschehnisse, daß noch lange nicht die Ruhe eingetreten ist, die als erste Voraussetzung für einen wenigstens für längere Zeit bestimmten Neuaufbau bezeichnet werden muß. „Sozialistisch geht es noch nicht, kapitalistisch nicht mehr“ — so faßte ich bereits vor einiger Zeit unsere Situation zusammen. Es ist noch nicht endgültig entschieden, welche Klasse, welche Macht dem Neuaufbau das Gepräge geben wird. Aber Proletariat und Kapitalisten, die in schwerem Kampfe um das Recht, der Neuordnung ihren Stempel aufzudrücken, stehen, empfinden gleicherweise, daß das Ganze nicht zuletzt eine organisatorische Frage ist. Und treffen danach ihre Vorbereitungen.

Wie steht es mit der proletarischen Organisation? Nicht mit der Gewerkschaft oder Partei, sondern der **Konstituierung des Proletariats als Klasse**? Das heißt: Wie ist es mit dem Klassenbewußtsein und der Klassenzusammengehörigkeit der Proletarier bestellt? Die Kapitalisten haben ihre Klassenorganisation geradezu lückenlos geschaffen. Das Proletariat aber „differenziert“ sich, trennt sich nach Weltanschauungen, nach dem Grade des Radikalismus, nach sonstigen so leicht auffindbaren Unterscheidungen. Die hundertprozentigen Gewerkschaften konnte man recht und schlecht als die wirklichen Zentren der Klassenbildung ansehen; sie bestehen heute nicht mehr allgemein. Ja, die sogenannten „Weltanschauungen“ wurden so tief in die proletarischen Reihen getragen, daß wir an viele, viele Arbeiter wenn überhaupt nur schwer herankommen. Da haben wir als neue Zentren die Betriebsversammlungen, also das Betätigungsgebiet der Betriebsräte, die aber da, bei dieser Arbeit, bei der Vorarbeit zur Konstituierung des Proletariats als Klasse nur in beschränktem Maße mit der Hilfe der Gewerkschaft — welcher, da nun die Christlich-Sozialen und die Deutsch-Selben unter dem Schutze der Unternehmer auch „Organisationen“ haben, die sich um so anmaßender und begehrlischer gebärden, je kleiner sie sind? — rechnen. Unter solchen Umständen rücken die Arbeiter- und Angestelltenkammern in den Vordergrund. Es handelt sich nur darum, ihrer Tätigkeit diesen gesellschafts- und klassenorganisatorischen Inhalt zu geben; dafür ist eine sehr günstige Voraussetzung in der Unabhängigkeit der Kammern gegeben. Die österreichischen Kammern für Arbeiter und Angestellte — der von Genossin Sender besprochene Bericht ist der der Wiener Kammer, die allerdings neben ihren sechs Schwesterkammern, mit denen sie eine lose Verbindung im Arbeitertag besitzt, die wichtigste ist — sind eben nur Vertretungskörper der Arbeiter und Angestellten, gleichberechtigt mit der rein kapitalistischen Vertretung der Handelskammern. So können, so wollen und so werden die österreichischen Kammern immer mehr zu den so notwendigen Organisationszentren, zu Sammelstätten der proletarischen Kräfte. Daß sie dabei sind und schon

waren, ist vor allem daraus ersichtlich, daß sie immer mehr zu dem notwendigen, aber nicht errichteten Überbau unserer Betriebsräteverfassung werden, und zwar für den interessanteren und geschichtlich wichtigeren Teil der betriebsrätlichen Arbeit, für den wirtschaftspolitischen und wirtschaftsorganisatorischen. Das kann im Berichte schon deshalb nicht so herausgearbeitet werden, weil diese Tätigkeit — die Sammlung und Bewertung der betriebsrätlichen Erfahrungen und Beobachtungen für das Wirtschaftsleben, die Rechtsauskünfte, Raterteilung und Hilfeleistung an Betriebsräte usw. — bei den Provinzammern verhältnismäßig viel größer und wichtiger ist als in der Großstadt, wo die Betriebsräte noch verschiedene andere Möglichkeiten haben. Und das ist eine der erfreulichsten Tatsachen, die bei der Bilanz der fünfjährigen Tätigkeit der Kammern in Österreich besonders hervorgehoben zu werden verdient: die Kammern, vor allem aber ihre Büros, denen ja die wichtigere Arbeit als den Vollversammlungen und Ausschußberatungen der ehrenamtlichen Kammermitglieder zufällt, haben das Vertrauen der Arbeiterschaft gewonnen. Alle Teile der Arbeiterschaft, die von ganz links bis ganz rechts, wenden sich oft und gerne an die Kammern. Und dieses kostbare Pfund, dieses Vertrauen, das natürlich eiferfüchtig gewahrt werden muß, gibt den Kammern die Autorität, sich als Brennpunkte der proletarischen Klassenkonstituierung zu fühlen, gibt ihnen die Legitimation, Anreger, Förderer und Schöpfer der Klassenorganisation zu sein, deren es bedarf, um in dem revolutionären Werden einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation genügend Schwung, reichlich Erfahrung und Wissen und viel Kraft und Ausdauer für die sozialistische Gestaltung der Dinge zu haben. Das wird die Verwirklichung des Wunsches der Genossin Sender sein, den wir ja alle teilen.

Daß die Kammern — und das ist ihre revolutionäre Bedeutung, die mich neben den praktischen Leistungen, diesen prächtigen Ergänzungen und vervollkommnungen gewerkschaftlicher Praxis, befehrt hat — wirklich eine so bedeutende Rolle spielen, konnte man an dem eben abgeschlossenen Kampf um die Zusammensetzung der Wiener und Grazer Kammer ersehen. (Die Wahlen in die anderen Kammern in Linz, Salzburg, Innsbruck und Feldkirch folgen rasch, während das Mandat der Klagenfurter noch währt.) Die kapitalistische Welt, ihre Presse und ihre Parteien waren rechtschaffen bemüht, der Welt zu beweisen, daß die freien Gewerkschaften an Boden verloren haben. Das sollte angeblich bewiesen werden, und zwar durch Schwächung unserer Stellungen in den Kammern, die eben nur deshalb all das Schöne, von dem die Genossin Sender gesprochen hat, leisten konnten, weil sie von den freien Gewerkschaften beherrscht und geleitet waren. Den kapitalistischen Parteien und Blättern ging es nicht um den Beweis, daß die Gewerkschaften an Ansehen verloren haben, sondern um Schwächung der Kammern selbst. Es ist begreiflich, daß den Kapitalisten, daß der bürgerlichen Welt die starken Kammern, diese Bollwerke proletarischer Angriffs- und Abwehrkraft, sehr zuwider sind; eine Arbeiterschaft ohne Fähigkeit, Recht und Möglichkeit, mitzureden beim Neuaufbau der Wirtschaft, bei Regelung der zahllosen Fragen des Wirtschaftslebens ist ihnen natürlich lieber. Deshalb sollte der Born der Kraft der Kammern und auch wieder die Quelle der Stärkung der Arbeiterschaft verstopft werden. Man veranlaßte alle lange Zeit gehätschelten Splitterorgani-

sationen, zu kandidieren. In den Dienst der absichtlichen Schwächung wurde der große Apparat der Verwaltung der Betriebe gestellt. Nur die Wachsamkeit der Betriebsräte, die den Wert einer gut zusammengesetzten Kammer richtig erfaßten, war unser Gegenmittel gegen die Lücken der Unternehmer und ihrer Handlanger, die vielfach „vergesen“ haben, ihre Arbeiter und Angestellten für die Wählerliste anzumelden.

Der Wahlausgang hat unsere Erwartungen bestätigt: Wien und Graz haben die freien Gewerkschaften neuerdings als Beherrscher der Kammern bestätigt, in überwältigender Art, trotzdem Christen, Deutschgelbe und Kommunisten Gegenkandidaturen aufstellten und eigentlich zum erstenmal umfassende Agitation betrieben. Die freien Gewerkschaften haben von den 76 Arbeitermandaten in Wien 67, mit den Kommunisten 70 Mandate, die Christen 5 und die Deutschgelben (Salenkreuzler) 1 Mandat. In der Angestelltensektion haben wir drei Viertel aller Mandate, in das letzte Viertel teilen sich die Christen und die Gelben, bei den Verkehrsarbeitern sind alle Mandate in unserm Besitze, bei den Verkehrsangestellten haben wir noch ein Mandat gewonnen, so daß von den gesamten 130 Mandaten 113 den freien Gewerkschaften gehören. Das Grazer Resultat ist nicht ganz so günstig, aber für die Gegner noch immer niederschmetternd, denn die 4 Kommunisten, die in Steiermark (das Gebiet der Schwerindustrie, deren Arbeiter furchtbar unter der Krise leiden) gewählt wurden, können sie in diesem Falle nicht für sich in Anspruch nehmen. Kurz, die beiden bisherigen Erneuerungen der Kammern sind gut ausgefallen und berechtigen uns zur Erwartung, daß auch die übrigen Kammern ähnlich zusammengesetzt sein werden. Das ist nicht bloß ein Trost und eine Freude, das ist auch eine ernste Mahnung und Aufgabe: nur als Instrumente der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Entwicklung können die Arbeiterkammern ihre hohe Sendung erfüllen. Und gelänge es den Arbeitern anderer Länder, das österreichische Beispiel zu verallgemeinern, Kammern für Arbeiter und Angestellte auch in den übrigen Ländern einzuführen, dem Proletariat, der Sache des Sozialismus, der gesamten Wirtschaft wäre ein großer Dienst erwiesen.

Wohnungselend und Mietwucher

Heinrich Ströbel (Berlin)

Neben all den anderen Kulturverwüstungen hat das deutsche Volk dem Kriege auch das unbeschreibliche Wohnungselend zu danken, unter dem namentlich die Arbeiterklasse zu leiden hat. Denn während der vier Kriegsjahre, wo die ganze Produktion auf die Schaffung von Mordmaschinen umgestellt war, ruhte der Wohnungsbau fast vollständig. Schon in dem Entwurf eines Wohnungsgesetzes, das dem preußischen Abgeordnetenhaus im November 1916 vorgelegt wurde, findet sich der Hinweis auf die Wohnungsnot, die bereits durch die ersten beiden Kriegsjahre hervorgerufen worden sei, da „die Herstellung von Wohnungen während des Krieges so gut wie völlig geruht“ habe. „Daß der Wiederkehr einer Wohnungsnot, wie sie bereits nach dem Kriege von 1870/71 beobachtet worden ist, mit allen Mitteln vorzubeugen sein wird, dürfte einer näheren Darlegung nicht bedürfen.“

So der preußische Regierungsentwurf vom Herbst 1916. In Wirklichkeit erfolgte keinerlei Vorbeugung. Der allverwüstende Krieg dauerte noch weitere zwei Jahre, in denen erst recht keine Wohnungen gebaut wurden. So fehlten nach Beendigung des wahnsinnigen Massenmordens viele Hunderttausende von Wohnungen. Und da in der Nachkriegszeit infolge der Inflation und einer gänzlich ungenügenden Organisation des Wohnungsbaus gleichfalls bei weitem nicht die erforderliche Zahl von Wohnungen hergestellt wurde, **verschlimmerte** sich die Wohnungsnot noch von Jahr zu Jahr. Nach mäßigen Schätzungen fehlt heute mindestens noch **eine Million** Wohnungen, namentlich an **Kleinwohnungen**.

Auch in der Frage der **Wohnungsbeschaffung** und des **Wohnungswesens** hat leider die Republik bis jetzt **völlig versagt**. Die bereits 1919 stärker einsetzende Geldentwertung machte die Herstellung von Mietwohnungen durch das Privatkapital zur Unmöglichkeit. Denn die Bauspekulation baut nur dann Wohnungen, wenn ihr entsprechender Gewinn sicher ist. Gerade die Mieten aber waren schon während des Krieges und erst recht nach dem Kriege durch die Gesetzgebung künstlich niedrig gehalten worden, um die durch den Krieg und die Kriegsfolgen heraufbeschworenen sozialen Schwierigkeiten nicht ins Unerträgliche zu steigern. Das geschah in **allen** Ländern, die direkt oder indirekt vom Kriege betroffen wurden. Wie die vom Internationalen Arbeitsamt in Genf herausgegebene Untersuchung „Wohnungsprobleme Europas nach dem Kriege“ nachweist, wurden beispielsweise auch in Frankreich, England, Italien, Dänemark und Schweden zeitweilig die Mietpreise auf 50 und weniger Prozent des allgemeinen Lebenskostenstandes gehalten. In Deutschland ging man darin unendlich viel weiter. Um während der Inflationsperiode, in der das Unternehmertum ungeheure Profite zu machen verstand, die Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen zu können, wurden die Lebenskosten trotz der im Verhältnis zu den Löhnen enorm hohen Preise für Agrar- und Industrieprodukte dadurch gesenkt, daß man die Mieten künstlich niedrig hielt. Während nach den Reichsindexziffern im Dezember 1922 die Kosten für **Ernährung** in Papiermark auf das 807fache, die Kosten für **Bekleidung** auf das 1161fache gestiegen waren, waren die Wohnungsmieten erst auf das 16fache gestiegen.

Kein Wunder, daß kein Mensch mehr sein Geld in Mietwohnungen steckte. Die einzigen Wohnungen, die noch aus privaten Mitteln gebaut wurden, waren die Villen von Unternehmern und Spekulanten. Was sonst gebaut wurde, konnte im wesentlichen nur aus **öffentlichen** Mitteln erstellt werden, aus den Mitteln, die Staat und Gemeinden gegen minimale Verzinsung und Amortisation zur Verfügung stellten. Und diese Mittel flossen ihrerseits seit Juni 1921 zur Hauptsache aus der **Wohnungsbauabgabe** und der **Hauszinssteuer**.

Da die Mittel zum Wohnungsbau aus den Mitteln der **Allgemeinheit** stammten, hätte der Wohnungsbau überhaupt **Gemeinschaftsfrage** werden müssen. In der Tat war 1919 und in den folgenden Jahren eine starke Strömung für die **Sozialisierung des Wohnungswesens** vorhanden. Der badische Landeswohnungsrat Dr. Hans Kampfmeyer forderte in seiner Schrift „Wohnungsnot und Heimstätten-gesetz“ die Bergesellschaftung des Wohnungswesens und Dr.-Ing. Martin Wagner, A. Ellinger und andere

schlossen sich ihm an. Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes stimmte im Mai 1919 nahezu einstimmig einer Entschliebung zu, in der Ellinger eine solche Sozialisierung und insbesondere auch eine Übernahme des Wohnungsbaus durch die Staaten und Gemeinden gefordert hatte.

Leider wurde auch diese Sozialisierungsforderung ebensowenig verwirklicht, wie so manche andere. Nicht einmal der Bau der Neuwohnungen wurde von Staat und Gemeinden — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — in eigener Regie ausgeführt. Vielmehr wurden die für den Wohnungsbau bestimmten öffentlichen Mittel meist privaten Baugenossenschaften und Einzelpersonen gegen einen geringfügigen Zins zur Verfügung gestellt.

Freilich nur in einer Höhe, die das Vorhandensein eines Eigenkapitals des Bauenden voraussetzte und die Aufnahme einer höher zu verzinsenden anderweitigen Hypothek notwendig machte. Die notwendige Folge war, daß nicht die sozial Bedürftigsten, die vom Wohnungselend am schwersten Betroffenen in den Besitz einer Wohnung gelangten, sondern Angehörige des Mittelstandes und allenfalls ein geringer Bruchteil besser gestellter Arbeiter. Nicht einmal die Forderung konnte durchgesetzt werden, daß wenigstens 75 Prozent der zu Bauzwecken verfügbaren Mietzinssteuer zur Finanzierung von Kleinwohnungen zu verwenden seien.

Diese ganz unrationelle und unsoziale Gestaltung des Neubaufwesens und seiner Finanzierung durch öffentliche Mittel, die doch im wesentlichen von den Unbemittelten aufgebracht wurden — gab es doch 1924 in Berlin nur 62 543 Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern gegenüber 402 273 Kleinwohnungen —, hat es denn auch verschuldet, daß Wohnungsnot und Wohnungselend heute noch ärger geworden sind, als unmittelbar nach dem Kriege. Denn während allein zur Befriedigung des jährlich neu entstehenden Wohnungsbedarfs mindestens 150 000 neue Wohnungen erforderlich gewesen wären, betrug in Deutschland der Reinzuwachs an Wohnungen im Jahre 1919: 56714, 1920: 108092, 1921: 134223, 1922: 146615, 1923: 118333, 1924: 106502

In den sechs Jahren 1919 bis 1924 entstanden also insgesamt nur 665 479 Wohnungen mehr, während allein der Mehrbedarf dieser sechs Jahre mindestens 900 000 betragen hatte. Kein Wunder, daß heute nach den geringsten Schätzungen eine Million Wohnungen zu wenig vorhanden ist.

Das eigenartigste und empörendste aber ist, daß sich unter den wirklich durch Neubau oder Umbau neugeschaffenen Wohnungen eine ganz unverhältnismäßige Zahl von größeren und großen Wohnungen befindet. Namentlich für die Jahre 1924 und 1925 läßt sich das feststellen. Da hat Berlin in den sechs Jahren 1919 bis 1924 zusammen einen Reinzugang von 19 457 neuen Wohnungen gehabt, dagegen im Jahre 1925 allein von 8873 Wohnungen. Ohne Berücksichtigung des gleichzeitigen Abgangs an Wohnungen durch Umbauten, Feuerschaden usw. wurden 1925 in Berlin sogar 9217 neue Wohnungen hergestellt. Darunter befanden sich aber nur 2306 Wohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen, also solche Wohnungen, die für das Proletariat fast ausschließlich in Betracht kommen, dagegen 3225 Wohnungen mit 4 Zimmern und 3686 Wohnungen mit 5 und mehr als 5 Zimmern. Nicht weniger als 807 Wohnungen oder fast 9 Prozent aller neugeschaffenen Wohnungen hatten sogar 7, 8, 9, 10 und mehr als 10 Wohnräume.

Man vergegenwärtige sich den ungeheuren sozialen Widerfynn. In Berlin bestanden 1924 von insgesamt 464 816 Wohnungen nicht weniger als 201 825 aus nur 1 und 2 Zimmern. Weitere 153 095 Wohnungen hatten 3 Zimmer. Unter 464 000 Wohnungen insgesamt waren also 354 000 = 76 Prozent, die nur aus 1 bis 3 Zimmern bestanden. Gerade in diesen Wohnungen ballt sich die Wohnungsnot und jenes grauenhafte Wohnungselend zusammen, von dem Viktor Roach in seiner Schrift „Kulturschande. Die Wohnungsnot als Sexualproblem“ so entsetzliche Dinge erzählt. Diesen Bedürftigsten der Bedürftigen müßte also durch den Wohnungsbau **zuallererst** geholfen werden. Was aber zeigt uns die amtliche Baustatistik? Daß knapp der vierte Teil der im Jahre 1925 in Berlin gebauten neuen Wohnungen auf 1- bis 3-Zimmerwohnungen entfällt, daß dagegen **drei Viertel** dieser neu erstellten Wohnungen auf **Bessersituierte** und die **Großbourgeoisie** entfallen.

Nun könnte man vielleicht glauben, eine solche Ungeheuerlichkeit ergebe sich nur in Berlin. Aber weit gefehlt: der gleiche Zustand herrscht in allen deutschen Großstädten. Denn nach der amtlichen Baustatistik (Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches, 1926, 1. Heft) betrug im Jahre 1925 in 42 deutschen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern der Reinzugang an Wohnungen 39 985, an Wohnräumen 181 046. Auf jede neue Wohnung entfielen also im Durchschnitt **gut 4 Zimmer**, das heißt ungefähr ebensoviel wie in Berlin (8873 Wohnungen mit 40 229 Wohnräumen). Und im Jahre 1924 war es in Berlin wie in sämtlichen 42 deutschen Großstädten genau so. Denn 1924 kamen in diesen 42 Großstädten auf 21 160 Neuwohnungen 94 025 Wohnräume, also durchschnittlich auf jede Wohnung zirka $4\frac{1}{2}$ Zimmer.

Das ist die Wohnungs„fürsorge“, die seit 1919, insbesondere aber in den Jahren 1924 und 1925 für die **proletarische** Bevölkerung getrieben worden ist. Für jene Bevölkerung, von der schon in dem bereits erwähnten preußischen Wohnungsgesetzentwurf von 1916 die damalige Regierung, also die **Dreiklassenregierung** schrieb:

„Dazu kommt, daß infolge einer ungesunden Boden- und Häuserpekulation die Mietpreise zu unverhältnismäßiger Höhe getrieben werden. Die auf Kleinwohnungen angewiesenen Bevölkerungskreise sind daher genötigt, bei der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses auf das denkbar bescheidenste Maß herabzugehen.“

Dabei waren die Wohnungszustände 1916 noch Gold gegen die Wohnungszustände von 1926.

Um aber allem die Krone aufzusetzen, sollen für die Altwohnungen, in denen die ungeheure Masse des deutschen Proletariats in einer allen hygienischen und sittlichen Bedingungen hohnsprechenden Weise zusammengepfercht ist, die Mieten, die bereits 100 Prozent der Friedensmiete erreicht haben, nach den Erklärungen der maßgebenden Regierungsstellen sobald als möglich auf **140 oder 150 Prozent der Friedensmiete** emporgetrieben werden. Hausbesitzer und Steuerfiskus wollen sich in diese Mietwucherbeute teilen. Doch ist diese Absicht des hausagrarisches-fiskalischen Mietwuchers eine solche Ungeheuerlichkeit, daß sie in einem besonderen Artikel behandelt zu werden verdient.

Konjunkturbeobachtungen

Tony Sender

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die nun schon seit Monaten herrscht und nun endlich auch die verantwortlichen Stellen zu alarmieren beginnt, zwingt als das Symptom einer sehr ernsten Krise alle Beteiligten zu einem viel tiefer schürfenden Wirtschaftsstudium, als es etwa die Erscheinung der periodischen Krisen des Kapitalismus in der Vorkriegswirtschaft tat. Betrachtet man die Ergebnisse einzelner Wirtschaftszweige, so wird man gerne zu der Ansicht neigen, daß, nachdem der Vorkriegsstand erreicht sei, die Lage als wenigstens befriedigend betrachtet werden könne. Das mag vom Standpunkt der privatwirtschaftlichen Lage des Einzelunternehmens Berechtigung haben, vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft gesehen aber darf man sich dadurch nicht täuschen lassen. Wenn auch zweifellos in den letzten Monaten ein großer Teil des Unternehmertums seine finanzielle Lage verbessern konnte, wie das schon die Abnahme der Konkursziffern ausweist, so steht dem doch die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit gegenüber, die identisch ist mit einer Minderung der Konsumkraft.

Es ist darum auch für uns in dieser Stunde wichtig, nicht nur möglichst rasche Hilfe für die Opfer der Krise durch Beschäftigung herbeizuführen, sondern die einzelnen Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung einer Untersuchung zu unterziehen, um daraus Folgerungen für die Wirtschaftspolitik ziehen zu können. Einen Beitrag zu diesen Untersuchungen liefert der Bericht der Reichskreditgesellschaft über die wirtschaftliche Entwicklung des ersten Halbjahres 1926.

Ausgangspunkt der Beurteilung muß die Erwägung sein, daß es schon darum nicht genügen kann, wenn Deutschlands Produktionskraft den Vorkriegsstand wieder erreicht, weil vor allem schon der Ausfall der über eine Milliarde Mark betragenden früheren Einnahmen aus Auslandsanlagen einzustellen ist, darüber hinaus aber die Reparationsleistungen mit endgültig 2,5 Milliarden Goldmark jährlich aufzubringen sind und schließlich muß die deutsche Wirtschaft ihren Produktionsapparat weiter vervollkommen und auf den modernsten Stand der Technik bringen, um überhaupt den Wettbewerb in der Welt bestehen zu können. Das bedeutet aber die Notwendigkeit einer gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gesteigerten Produktion, für die freilich auch der Absatz aufzufinden wäre. Für die Steigerung des Absatzes ist unerläßliche Voraussetzung eine erhebliche Verbilligung der Produktion und diese wird in vielen Fällen nur dadurch erreichbar sein, daß durch erhebliche Kapitalinvestitionen dafür die technischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Als wichtigste Grundlage für die Lage der Produktion kann man den Verbrauch in dem wichtigsten Ausgangsprodukt, dem der Energieerzeugung zur Basis nehmen und diese bleibt allerdings hinter der Vorkriegsleistung nicht unerheblich zurück; denn einer arbeitstäglichen Steinkohlenförderung von durchschnittlich 369 700 Tonnen im Jahre 1913 im Bereich des jetzigen Reichsgebiets steht eine Förderung im Jahre 1926 gegenüber, die sich zwischen 317 000 und 356 900 Tonnen bewegte; wobei indessen zu beachten ist, daß auch diese letztere Ziffer eine reine Konjunkturzahl dadurch ist, als sich in ihr

die Rückwirkung des englischen Kohlenarbeiterstreiks ausdrückt. Das zeigt sich deutlich in der Statistik des inländischen Kohlenverbrauchs, der von Beginn des laufenden Jahres an eine abfallende Kurve zeigt. Ähnlich sieht die Kurve auf dem Gebiet der übrigen wichtigsten industriellen Rohstoffe aus.

Ganz besonders wertvoll für uns aber ist die Untersuchung der Lohngestaltung. Standen die Jahre 1924 und 1925 noch im Zeichen einer allmählichen Lohnsteigerung, wobei es sich freilich hauptsächlich um ein Wiedereinholen des in der Inflation entstandenen unerträglichen Tiefstandes handelte, so kam diese Bewegung bereits Ende 1925 zum Stillstand und hat sogar seit April dieses Jahres einer direkten Senkung der Löhne Platz gemacht. Noch ist der Rückgang nicht erheblich, aber als Symptom dennoch ernsthaft zu beachten, wenn man an die eingangs betonte Notwendigkeit einer Steigerung des Absatzmarktes denkt. Trotzdem muß der Bericht zugeben, daß im Gegensatz zu den demagogischen Behauptungen der Unternehmer die Arbeitsleistung gestiegen ist. Wörtlich heißt es hierüber:

„Bei der Betrachtung der Lage auf dem Arbeitsmarkte darf nicht übersehen werden, daß die Bemühungen um Steigerung der Leistung nicht ohne Erfolg geblieben sind. Der Produktionsrückgang ist geringer als die Steigerung der Arbeitslosigkeit.“

Diese Behauptung wird auch an Hand statistischer Feststellungen speziell für den Ruhrkohlenbergbau und die Eisenhüttenindustrie belegt.

Im Ruhrkohlenbergbau betrug der Schichtförderanteil

	pro Kopf der Kohlen- und Gesteinshauer	in Prozent des Monatsdurchschn. von 1913	pro Kopf der Gesamt- belegschaft ohne Nebenbetriebe
	kg	kg	kg
Monatsdurchschnitt 1913	1845	100	943
April 1926	2337	126,7	1075

Und ähnlich sind die Ziffern für die **Rohstahlproduktion**. Geht man von der Tagesleistung des Arbeiters im Januar 1925 aus und setzt diese gleich 100, so steht dem im Mai 1926 eine Tagesleistung je Arbeiter von 114,4 gegenüber.

Die Bilanz für die Arbeitskraft schließt folglich damit ab, daß einer gesteigerten Leistung die Tendenz zu einer verminderten Gegenleistung gegenübersteht. Eine sozialpolitisch rückständige Einstellung hindert so die Erkenntnis über die Erfordernisse, die Voraussetzung einer aufsteigenden Konjunkturlinie sein müssen. Und hier wird einer der wichtigsten Punkte sein, an die man anzuknüpfen hat.

Es wäre nun allerdings außerordentlich wichtig, die Frage zu untersuchen, wie die seit einigen Monaten im Gange befindliche Rationalisierung der deutschen Wirtschaft auf die Preisgestaltung gewirkt hat. Ihr Ziel sollte doch vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus die Verbilligung der Erzeugnisse sein. Betrachtet man jedoch die Kurve der Preisentwicklung, so ist juist das Gegenteil festzustellen. Das zeigt der

Index der Fertigwarenpreise

Monatsdurchschnitt 1925	Fertigwaren	Produktionsmittel in Prozent von 1913	Verbrauchsgüter
Januar	144,0	139,5	147,4
September	154,0	151,3	156

Index der Fertigwarenpreise

Monatsdurchschnitt 1926	Fertigwaren	Produktionsmittel	Verbrauchsgüter
	in Prozent von 1918		
Januar	150,5	147,7	152,8
Februar	149,3	147,0	151,1
März	147,4	146,1	148,4
April	145,8	144,8	146,5
Mai	144,8	144,0	145,4

Wohl war gegen Ende des Vorjahres und zu Beginn des laufenden eine aufsteigende Kurve, die in den letzten Monaten wieder zurückwich, aber im Vergleich zum Ausgangspunkt, dem Januar 1925, weisen Fertigwaren wie Produktionsmittelpreise noch immer eine Steigerung auf und nur die Preise der Verbrauchsgüter waren relativ gesunken. Es muß daraus als wahrscheinlich geschlossen werden, daß die Wirkung der Rationalisierung noch nicht die erwünschtere Form, die der Preisverminderung und daraus folgenden Absatzvermehrung resp. Kaufkraftsteigerung angenommen hat. Daß dadurch eine Wirkung der Rationalisierung auf die Wirtschaft überhaupt ausgeblieben sei, ist freilich nicht gesagt. Denn wenn auch die gesteigerte Rentabilität weder der Arbeiterschaft noch dem Konsumenten zugute kam, so hat sie doch zu gesteigerter Kapitalkraft der Unternehmen geführt; diese Kapitalbildung dürfte nur zum geringen Teil einem gesteigerten Eigenverbrauch des Unternehmers gedient haben, sondern wird zu Investitionen im Betrieb oder in anderen Unternehmen geführt haben. Es ist dadurch eine Stärkung der Kapitalkraft und in jedem Fall eine Anregung für die Wirtschaft eingetreten. Wenn auch so der Nutzen der Rationalisierung nicht als vollkommen verloren angesehen werden kann, so wäre dieser dennoch größer, sein Aktionsradius wäre ein breiterer, wenn sie sich ausgewirkt hätte in einer Hebung der Lage der in der betreffenden Industrie beschäftigten Arbeitnehmer und in einer Herabsetzung der Preise, weil auf diese Weise direkt neue Kauf- und Sparkraft geschaffen und zugleich durch die Preisreduzierung speziell in Rohstoff- und Halbzeug herstellenden Industrien starke Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Fertigungsindustrie und so auch für diese verstärkter In- und Auslandsabsatz geschaffen worden wäre. Dieser volkswirtschaftlich erwünschtere Weg ist bis jetzt noch nicht in sichtbarem Maße beschritten worden und es müßte Aufgabe einer weiterschauenden Wirtschaftspolitik sein, durch Maßnahmen auf seine Beschreitung hinzuwirken.

Eine Übersicht über die Ziffern des Exports ergibt, daß dieser im Gegensatz zum inländischen Warenabsatz gesteigert werden konnte. Der Monatsdurchschnitt des ersten Quartals brachte eine Erhöhung um 100 Millionen gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres, aber dennoch bleibt er noch immer erheblich hinter dem Monatsdurchschnitt der letzten Vorkriegsjahre zurück. Das bestätigt allerdings nur die von uns immer wieder unterstrichene Tatsache, daß die Art unserer Handelspolitik sich bisher nicht als geeignetes Mittel erwiesen hat, die so notwendige erhebliche Exportsteigerung zu bewirken.

Am meisten macht sich natürlich das Zerstörungswerk des Krieges und insbesondere der Inflationszeit auf dem Kapitalmarkt geltend. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß die starke Kapitalzerstörung zusammenfiel mit der Notwendigkeit, die Produktionsweise auf eine höhere Ertragsfähigkeit um-

zustellen und hierfür erhebliche Kapitalien zu investieren. Man mußte darum in den übrigen geschäftlichen Dispositionen versuchen, Ersparungen an festgelegtem Kapital vorzunehmen. Und dies geschah in erheblicher Weise dadurch, daß man die Lager ausländischer Rohstoffe und Fertigwaren erheblich verminderte — eine Maßnahme, die ohnehin moderner Betriebsführung entspricht und in noch viel entschiedener Weise bei der amerikanischen Industrie durchgeführt ist. Die es allerdings auch leichter kann, weil sie eine stärkere Unabhängigkeit sowohl vom Ausland als auch von betriebsfremden Unternehmungen aufweist. Wenn aber unsere Handelsbilanz in den ersten Monaten dieses Jahres eine aktive war (inzwischen ist im Juli bereits wieder Passivität eingetreten), so ist dies keineswegs ausschließlich zu erklären durch eine Verminderung der Einfuhrmenge, sondern es hat zugleich sehr erheblich die starke Preisherabsetzung für wichtigste deutsche Einfuhrwaren gewirkt. Das gilt insbesondere für Baumwolle, deren Preis um 15 Prozent, für Wolle, deren Preis um etwa 30 Prozent niedriger war als in der gleichen Zeit des Vorjahres, sowie für Getreide, das von November/April 1926 im Preise etwa 8 Prozent niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres notierte.

Eine sehr fühlbare Entspannung erfuhr der Kapitalmarkt aber auch durch die stark vermehrten Auslandsanleihen. Die im ersten Halbjahr 1926 im Ausland begebenen Anleihen überstiegen die im gleichen Zeitraum des Vorjahres aufgelegten um ein Mehrfaches. Als Geldgeber kam zwar auch wieder der europäische, insbesondere der englische Kapitalmarkt in Betracht, doch gab den Löwenanteil noch immer der amerikanische Anleihemarkt. So erwünscht das Hereinströmen ausländischen Kapitals in die kapitalarme deutsche Wirtschaft zum Zwecke deren Belebung ist, so dürfen doch auch die Gefahren eines zu starken Angewiesenseins auf einen fremden Markt nicht verkannt und unterschätzt werden. Könnte doch dadurch Deutschland zu sehr verkoppelt werden mit der amerikanischen Konjunktur, deren Rückschläge dann selbstredend auch auf die deutsche Wirtschaft sich auswirken müßten. Darum muß es das Bestreben sein, den deutschen Kapitalmarkt zu stärken und ihn in höherem Maße unabhängiger und elastischer zu machen.

Die Entwicklung ging bereits in dieser Richtung. In der Tat hat im laufenden Jahre die Spartätigkeit gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Das zeigt sich sowohl in den Einlagen der Sparkassen als auch der privaten Banken. Aber selbstverständlich ist noch nicht annähernd das Niveau der Vorkriegszeit erreicht. Von einer Bereithaltung von Kapitalreserven, wie sie insbesondere die Finanzierung der Ernte erfordert, kann daher noch nicht in dem gewünschten Umfange die Rede sein.

Interessanter ist der Bericht über die Börse. Denn er bestätigt die ungeheure Gegensätzlichkeit, die wir als das Bild dieser Nachkriegswirtschaft wiederholt gekennzeichnet haben. Denn trotz der schweren Depression, die nun schon lange auf der deutschen Wirtschaft lastet, trotz der großen und steigenden Zahl der Erwerbslosen zeigen die Bilanzen und Berichte der Gesellschaften, daß für eine große Reihe unter ihnen das letzte Jahr recht gewinnbringend gewesen ist. Das offenbart sich nicht nur in der direkten Gewinnausschüttung; denn es scheint gerade im vergangenen Jahre von einer Reihe von Gesellschaften vorgezogen worden zu sein, eine Dividende

nicht zur Ausschüttung zu bringen, nicht etwa weil dies die innere Lage des Unternehmens nicht erlaubte, sondern um das Erzielte zur inneren Festigung zu benutzen. So ist denn noch wichtiger als das Dividendenergebnis deutscher Gesellschaften die Veränderung der Kursbewertung der deutschen Industriewerte. Und da ist es allerdings sehr interessant festzustellen, daß gemäß dem von der Reichskreditgesellschaft aufgestellten Aktienindex im November 1925 ein Durchschnittskurs von 64,7 Prozent errechnet wurde, in der vierten Juniwoche 1926 aber bereits ein Durchschnittskurs von 102,7 Prozent festgestellt werden konnte.

An Dividendenausüttungen seien nur einige der wichtigsten Zahlen aufgeführt. So haben die Banken im 1. Halbjahr 1926 eine Dividende ausgewiesen von durchschnittlich 9 Prozent, die chemische Industrie von 8,5 Prozent, die Elektroindustrie von 6,9 Prozent, die Papierindustrie von 7,9 Prozent und schließlich die Brauereien von 9,5 Prozent. Das bedeutet nicht nur eine günstige Gewinnerzielung, sondern auch eine günstige Einschätzung der künftigen Absatzmöglichkeiten. Und dennoch lastet weiter die Depression auf der Wirtschaft, bleibt die Sorge um die Zukunft für andere Kreise unverändert schwer bestehen. Hier liegt die ungeheure Diskrepanz dieser Krisenperiode: Die Gewinnkonjunktur steht im Durchschnitt günstig — die Beschäftigungskonjunktur hingegen liegt noch sehr im argen. Das ist nur ein Barometer für die noch immer falsche Preispolitik, die es wohl einzelnen Wirtschaftsteilen ermöglicht, gute Jahresergebnisse zu erzielen, doch geschieht dies zum großen Teil auf Kosten der verarbeitenden Industrie und der Arbeiterschaft.

Hier muß darum der Hebel angefaßt werden. Alle Bereitstellung von Beschäftigung für einen Teil der von der Krise Betroffenen bringt noch keine Heilung; Hand in Hand damit müssen Maßnahmen der Wirtschafts- und Steuerpolitik gehen, die eine Verbilligung der Produktion und dadurch eine Belebung der viel größere Arbeitermassen beschäftigenden Fertigindustrien herbeiführen und dadurch zugleich auch die Voraussetzungen zur Hebung der Existenzgrundlage der Arbeitermassen schaffen.

:::

:::

:::

Rationalisierungspraxis in der Großindustrie

A. D ün n e b a d e (Dortmund)

Es soll hier von der Rationalisierung weder als technisch-organisatorischem, noch als wirtschaftlichem Problem die Rede sein, sondern nur von der praktischen Aufgabe, wie der Unternehmer der Großindustrie sie aufsaßt, und von der Stellung, die die Arbeiterschaft dazu einnimmt und einzunehmen hat. Einige theoretische Vorbemerkungen sind allerdings notwendig.

Die Rationalisierung stellt sich, von der technischen und betriebsorganisatorischen Seite aus gesehen, dar als eine Frage der Erhöhung des Arbeitserfolges durch Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit. Die Produktivität hat es mit der Verbesserung der Produktionsmittel und der zweckmäßigen Organisation derselben, die Intensität mit der höheren Ausnutzung und Anspannung der menschlichen Arbeitskraft zu tun. Viele Cle-

mente des Taylorsystems, das vor etwa 30 Jahren von Amerika aus die Welt erobern wollte und das in der Hauptsache eine Erhöhung der Intensität ohne Berücksichtigung der physiologischen und psychologischen Grenzen erstrebte, lehren in den modernen Methoden der Rationalisierung wieder. Das Problem der menschlichen Ermüdung, dem in den letzten Jahren in der Arbeitswissenschaft ein hervorragender Platz gewidmet ist, kennt man in der Praxis noch nicht. Die Methode Taylors, eine Maschine bis zum Zerbrechen zu belasten und dann die Belastungsstufe, die dem Zerbrechen vorausging, als Normleistung festzulegen, wird auf den Menschen angewandt. Ermüdungszuschläge zu den durch die Stoppuhr festgesetzten Zeiten, wie sie schon die Schüler Taylors einzuführen sich gezwungen sahen, sind unbekannt. Die lebendige Menschenkraft wird nicht anders gewertet wie die tote Kraft der Maschine. Doch lassen wir die Erfahrungen sprechen, wie sie auf einem größeren Hüttenwerk gesammelt werden konnten. Wenn dabei auch nicht über die Grenzen eines Betriebs hinausgegangen werden konnte, so dürfte sich doch ein in etwa allgemeingültiges Bild für die Großbetriebe der Hüttenindustrie ergeben. Andernfalls wäre zu wünschen, daß aus andern Betrieben Ergänzungen oder Berichtigungen an dieser Stelle erfolgten.

Kurze Zeit, nachdem die übliche Studienkommission aus Amerika zurückgekehrt war, wurde ein neues Büro eröffnet, das der „Neuorganisation der Betriebe“ dienen sollte. Demselben Büro wurde zur öffentlichen Dokumentierung seiner menschenfreundlichen Zwecke auch die Unfallverhütungspropaganda nach amerikanischem Muster übertragen. Das war die Fassade. Dahinter arbeitete ein Stab von jungen Leuten mit der Stoppuhr, um Zeitstudien zu machen. Gleich zwanzig Mann werden auf eine Abteilung losgelassen, machen wochenlang Zeitstudien, Notizen und Skizzen mit dem Erfolg, daß Leute aus dem Betrieb herausgezogen und Ablösungen beseitigt werden. Die Produktion wird dadurch nicht beeinträchtigt, weil der rein mechanische Verlauf des Arbeitsprozesses eines Hüttenwerkes die im Betrieb verbleibenden Arbeiter zu erhöhter Anspannung zwingt. Der Charakter des Arbeitsprozesses eines Hütten- und Walzwerks ist ähnlich dem des laufenden Bandes: das Tempo der Arbeit wird nicht mehr vom einzelnen Arbeiter bestimmt, sondern ergibt sich aus dem Zusammenwirken der einzelnen Arbeitsfunktionen und dem Gang der maschinellen Betriebseinrichtung, auf den der Arbeiter in den wenigsten Fällen Einfluß hat. Das aus diesen Faktoren sich ergebende Tempo reißt alle in seinen Bann: es kann keine Arbeit „liegen bleiben“, das Versagen einer Funktion hat den Stillstand einer Reihe von anderen Funktionen zur Folge. Dem Einzelnen ist es unmöglich, sich dem physischen Zwang des Mechanismus und der psychologischen Wirkung des Arbeitsthythmus zu entziehen. Es ergibt sich dabei eine Arbeitsintensität, die die Grenzen der körperlichen Leistungsfähigkeit überschreitet.

So war die Lage schon vor dem Kriege. Nach der Revolution gelang es zunächst, durch Bestellung von mehr Ablösungen Erleichterungen zu schaffen. Der Achtstundentag riß die Tore auf zu neuen Möglichkeiten des gesundheitlichen Wiederaufbaues der tief heruntergekommenen Hüttenarbeiter. Die jetzt einsetzende „Rationalisierung“ droht alles wieder zu verschütten.

Für die Rationalisierung als Mittel der Erhöhung der Produktivität und damit der Verbilligung der Waren ist in Arbeiterkreisen (vor allen Dingen in

den Kreisen der organisierten Arbeiter, die über ein höheres Maß wirtschaftlicher Einsicht verfügen) durchaus Verständnis zu finden. Der moderne Arbeiter ist kein Maschinenstürmer. Unter Maschinen groß geworden, hat er, anders als der Arbeiter des vorigen Jahrhunderts, sie als Befreierin aus der Not der schwersten körperlichen Arbeit schätzen gelernt. Nur in den Walzwerken, Stahlwerken und Hochofen hat sie lediglich die Produktion vervielfacht und „Arbeits Hände frei gemacht“. Wer die Arbeiter dieser Betriebe nach Schichtschluß beobachtet, bekommt den Eindruck von total erschöpften Menschen. Und so erklärt es sich, wenn die gegenwärtige Praxis der Großindustrie, die lediglich Arbeitskräfte sparen will und vom Arbeiter erhöhte Kraftanspannung verlangt, also die Rationalisierung nur als **Intensivierung** kennt, auf schärfsten Widerstand stößt. Wenn dieser Widerstand heute noch nicht offen zum Ausbruch kommt, so liegt das an der allgemeinen Depression durch die augenblickliche Wirtschaftslage. Doch auch die Drohung der Arbeitslosigkeit verliert auf die Dauer ihren Stachel und nur eine leichte Besserung der Konjunktur in der Eisenindustrie wird die Abneigung der Arbeiter gegen die Rationalisierung, wie der Unternehmer sie auffaßt, offen hervortreten lassen. Das ist nicht Maschinenstürmerei, sondern ist die Auflehnung des menschlichen Körpers gegen seine Bewertung als technischen Apparat, als tote Maschine.

Es ist zu fordern, daß der menschlichen Arbeitskraft mindestens dieselbe sorgfältige Pflege und Aufmerksamkeit gewidmet wird, wie der toten Maschinenkraft. Eine bescheidene Forderung fürwahr und doch wäre ihre Verwirklichung ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand. Die Forderung bedeutet eine Umkehr von der rein technischen Auffassung des Betriebes zu einer Anerkennung der physiologischen und psychologischen Probleme, die darin verflochten sind, bedeutet, daß die Alleinherrschaft des Technikers im Betriebe gebrochen wird durch die Heranziehung des Physiologen, des Psychologen und des Gewerbearztes, bedeutet den Kampf des Lebens gegen die Herrschaft der Technik. Das kostbarste wirtschaftliche Gut eines Volkes ist die lebendige Arbeitskraft, ihre Vernichtung zerstört die Grundlagen der Zukunft. Das hebt den Kampf um die Wertschätzung der Gesundheit und Arbeitskraft des Arbeiters aus der Sphäre der Klassen-gegensätze heraus in den Bereich des allgemein Menschlichen. Das Gebot der Stunde ist: **Schutz den Hüttenarbeitern vor körperlicher Verelendung.**

:::

:::

:::

Gewerkschaftliche Jugendarbeit und Betriebsräte

Sepp Kiene (München)

Wiederholt ist die Feststellung gemacht worden, daß in den Gewerkschaften, besonders aber bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten, ein mangelnder Nachwuchs jüngerer Kräfte sich bemerkbar macht. Der Funktionärkörper ist zumeist aus älteren erfahrenen Kollegen zusammengesetzt; junge, in die Gewerkschaftsbewegung hereinwachsende Kollegen rücken nur ganz spärlich nach. Eine genaue Altersstatistik zeigt denn auch, daß zwei bedeutsame Lücken in der Mitgliedschaft vorhanden sind.

Die erste Lücke wird gebildet durch den Ausfall an 30- bis 40jährigen

Kollegen, welche im Kriege ihr Leben lassen mußten. Die nächste Lücke ist verursacht durch diejenigen Jugendlichen, die den Krieg als Lehrlinge und Volksschüler in der Heimat erlebten, in den Hungerjahren zu einer ausgesprochen individualistisch-egoistischen Lebensbetrachtung kamen oder schließlich durch die Revolution in eine Epoche politischer Wirren hineingerissen wurden, aus denen ihre politischen Erwartungen unerfüllt hervorgingen. Die Entwicklung bis zur gegenwärtigen großen Krise der Wirtschaft machte dann vollends aus diesen Jugendlichen eine für die Gewerkschaften schwer organisierbare Schicht.

Anders ist es mit der Jugend, welche heute in den Betrieben als Lehrlinge und Jugendliche steht. Sie ist den allgemein politisierenden Zeitströmungen der Nachkriegszeit entzogen, ist von der Rückentwicklung des gewerkschaftlichen, arbeitsrechtlichen Schutzes in den Betrieben stärker betroffen und darum gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Gedanken, auch dem Gedanken notwendiger guter Berufsausbildung zugänglicher. Schlagwortfreie Jugendbildung, wie sie von unseren Gewerkschaften geleistet werden muß, findet jetzt wieder eher und besseren Boden. Wenn es uns gelingt, durch angestrebte **Verbetätigung**, durch intensive und gut durchgeführte **Bildungsarbeit**, die sich an die Eigenart jugendlichen Denkens und Fühlens anpaßt und ferner durch strenge und erfolgreiche **Jugendschutzarbeit** diese Schicht der nachkommenden Generation voll und ganz zur unseren zu machen, dann vermögen wir auch die Schicht der Kriegs- und Revolutionsjugendlichen wieder heranzuholen in die Verbände der Gewerkschaften. Die Wiedererlangung der Indifferenten ist gewiß eine wichtige und notwendige Aufgabe. Aber die Werbung und Ausbildung der Jugend zu einer neuen, verantwortungsbewußten Schicht in den Gewerkschaften ist mindestens ebenso bedeutsam. Bei der Betrachtung dieser Frage darf man natürlich nicht den Standpunkt einnehmen: „Was nützen uns die organisierten Lehrlinge heute?“, sondern man muß bedenken, daß die Lehrlinge in wenigen Jahren Gesellen und schließlich Vertrauensmänner und Betriebsräte sein werden. Durch die Agitation, Weckung und Ausbildung einer Jugendschicht den Kräftestrom eines jungen Volkes in die Gewerkschaften zu leiten, ist ein unbedingtes Muß. Wird dieser Zuwachs an natürlicher jugendlicher Kraft außerdem durch gründliche gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, durch Erfahrung, die in der Mitarbeit der Jugendlichen im gewerkschaftlichen Jugendschutz, in der Bildungsbewegung und in der Agitation unter Jugendlichen gewonnen wurde, noch verstärkt, so kommt das den gewerkschaftlichen Verbänden desto mehr zunutze. Die Jugend muß allmählich durch die Mitarbeit in Jugendgruppen und Jugendschutzkommissionen so tief in das Leben der Gewerkschaft hineinwachsen, daß immerzu im Leben ihr Denken kollektivistisch ist, um die **gemeinsame Sache**, um die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung (denn die Jugend wird sich schließlich auch politisch organisieren) sich dreht.

Eine ganz wichtige Rolle in der Gewinnung der Jugend für den Verband, aber auch in der Entwicklung eines starken Solidaritätsgefühls bei den Jugendlichen, in der Bezeugung kollegialer Behandlung und Beschützung der Jugendlichen vor Unrecht und schlechter Ausbildung usw. hat der Betriebsrat zu erfüllen. Wohl können die Ortsverwaltungen durch den Einsatz

größerer Mittel, durch mustergültige große und viele kleine Veranstaltungen Gelegenheit zur Jugendzusammenfassung geben. Aber an der Quelle sozialen Unrechts, an der Stelle, wo sich vornehmlich Kollegialität und Solidarität auswirkt, im Betriebe, da ist der Betriebsrat das zuständige Organ. Wir wären viel weiter, wenn der an sich natürliche Gegensatz „Jung und Alt“ durch Willen und Wissen einsichtiger Betriebsräte gemildert und versöhnt würde. Die Betriebsräte haben gewiß ein umfängliches Aufgabengebiet. Aber auf die Dauer muß es so kommen, daß die Betriebsräte wirklich mit aller Kraft die gewerkschaftliche Jugendarbeit unterstützen. Dies gilt insbesondere für die drei wichtigen Gebiete Agitation, Jugendschutz und Jugendausbildung. Es wird daher notwendig sein, die Betriebsräte mit dem Aufgabengebiet gewerkschaftlicher Jugendarbeit näher vertraut zu machen. Diesem Zweck dient auch ein Bericht unseres Hauptvorstandes: „Der Stand des Lehrlingswesens,“ der zwar zahlenmäßig überholt, aber doch zu beachten bleibt, ferner die neueste Schrift des Hauptvorstandes über: „Die Lehrlingsfrage in den Handwerksbetrieben der Metallindustrie,“ die allen Kollegen zum eifrigen Studium zu empfehlen ist.

Arbeitszeit, Betriebsunfälle u. Betriebsräteaufgaben

F. L. (Sachsen)

Nach den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten sind die Betriebsunfälle im Jahre 1924 gegenüber 1923 außerordentlich gestiegen. In verschiedenen Regierungsbezirken ist von 1923 auf 1924 eine Steigerung der Betriebsunfälle von 50 bis 70 Prozent zu verzeichnen. Das sind solche ernste Zahlen, daß sie alle Regierungsstellen veranlassen sollten, den wichtigsten Ursachen dieser Steigerung nachzuforschen, um dann eine energische Bekämpfung der Unfallgefahren mit den daran interessierten Kreisen herbeizuführen. Leider überläßt man diesen Kampf allein den gewerkschaftlichen Organisationen.

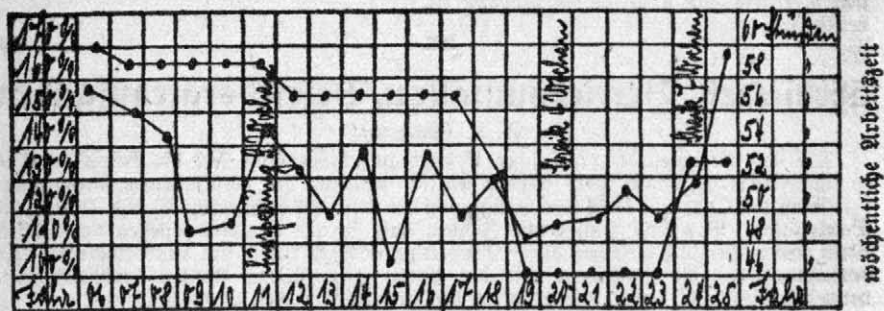
Wie oft hat man in den letzten Jahren den Ausspruch gehört: „Das einzige, was wir jetzt noch in Deutschland besitzen, ist unsere eigene Arbeitskraft, und die gilt es in jeder Beziehung zu schützen und zu erhalten, um einen Wiederaufbau Deutschlands zu ermöglichen.“ Gegenwärtig hat in Düsseldorf die Gesolei ihre riesigen Pforten geöffnet — ich wünschte nur, jeder einzelne Arbeiter wäre wirtschaftlich in der Lage, diese vorzügliche Ausstellung mehrere Tage zu besuchen —, die Reichsgesundheitswoche liegt hinter uns und noch vieles andere wird getan, um den Gedanken einer gesunden Arbeitskraft zu beleben. Aber alles wird vergebens sein, wenn nicht dem Unternehmertum, das über die menschliche Arbeitskraft verfügt, ein energisches „Bis hierher und nicht weiter“ geboten wird.

Der Raub des Achtstundentages und die immer größer werdende Ausbeutung des einzelnen Arbeiters sind die Grundursachen der großen Steigerung der Unfallsziffern. Bei dem Kampfe gegen die Betriebsunfälle ist nun der Betriebsrat ein sicher nicht zu unterschätzender Faktor, wenn er es nur einigermaßen versteht, die ihm im Betriebsrätegesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die erste Vorbedingung ist, daß sich der Betriebsrat ein Bild davon macht, wie groß die Unfallgefahr in seinem Betrieb überhaupt ist und ob die Unfälle steigen oder fallen. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten erfährt man ja nur die Zahlen der Betriebsunfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden sind. Die vielen kleineren Verletzungen, die nicht mit Arbeitsunfähigkeit verbunden sind, meldet ja der Arbeitgeber gar nicht und werden deshalb auch von den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht erfasst. Deshalb muß es Aufgabe des Betriebsrates sein, die gesamten Betriebsunfälle zusammenzufassen. Er muß feststellen: 1. Wieviel von der Belegschaft erleiden im Jahre überhaupt einen Betriebsunfall? 2. Wieviel Prozent der Belegschaft werden jährlich durch Betriebsunfälle arbeitsunfähig? Durch solche Feststellungen erhalten die Betriebsräte den notwendigen Überblick über die Unfallgefahren in ihrem Betrieb, zumal wenn diese Feststellungen abteilungsweise durchgeführt werden. Wenn auch dem Betriebs-

zate bei der Bekämpfung der Unfallgefahren im Betrieb gewisse Grenzen gesetzt sind, so wird dieses Material doch wesentlich dazu beitragen, die Unfallgefahren im Betrieb genauer kennen zu lernen, um ihnen dann energisch entgegenzutreten. Aber es kommt bei diesen Feststellungen noch etwas weit Wichtigeres in Frage. Jeder einzelne Betriebsrat könnte durch diese Feststellung seiner Organisation Material in die Hände geben, die es dann so verwertet, daß es bestimmt gute Früchte trägt. Jeder größere Betrieb hat ja zum mindesten eine Verbandsstube, in der jeder Arbeiter bei leichten Verletzungen einen fertigen Verband, bei schweren Fällen aber einen Notverband angelegt bekommt. Etwas Aufklärung in der Belegschaft vorgenommen, und es müßte jedem Betriebsrat möglich sein, Feststellungen über die Unfallgefahren in seinem Betrieb durchzuführen. Um den Betriebsräten zu zeigen, wie dankenswert derartige Feststellungen sind und was man daraus alles ersehen und lernen kann, folgen hier zwei graphische Darstellungen einer Maschinenfabrik mit Eisengießerei von durchschnittlich 1500 Arbeitern. Skizze 1 zeigt alle Betriebsunfälle — also auch die kleinsten (Schnitt- oder Rißwunden) —, die der Arbeiter erhalten hat, wenn er die Verbandsstube aufgesucht hat, verbunden mit der wöchentlichen Arbeitszeit. Skizze 2 zeigt nur die Betriebsunfälle, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren, und ebenfalls die wöchentliche Arbeitszeit.

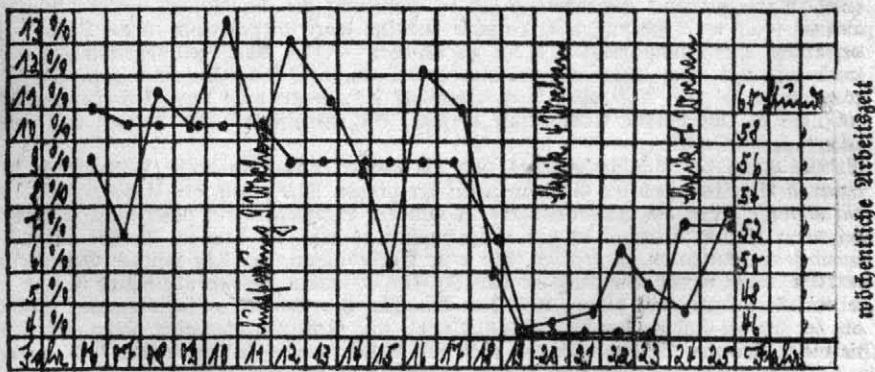
Skizze 1

Von der Belegschaft suchten durch Betriebsunfall die Verbandsstube auf (in Prozent):



Skizze II

Von der Belegschaft arbeitsunfähig durch Betriebsunfall (in Prozent):



Betriebsunfälle: ●—●—●—●—● Arbeitszeit: ●—●—●—●—●—●—●—●—●—●

Was kann der Betriebsrat alles aus der Skizze 1, in der alle Unfälle erfasst sind, sehen und lernen? Da sind zum Beispiel im Jahre 1911 die Betriebsunfälle gegenüber den beiden Vorjahren, trotzdem die Arbeiter 9 Wochen gesperrt waren, ganz bedeutend gestiegen. Die Altkordarbeiter haben den Ausfall an Verdienst, den sie durch die Aus-

Spernung erlitten, sicher wieder weftmachen wollen durch das sogenannte „Wühlen“. Die Folge war ein Steigen der Unfallziffer 1911 und zum Teil noch 1912. Das Jahr 1919 zeigt mit aller Deutlichkeit die günstige Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Betriebsunfälle. Wenn die Arbeitszeit in den Jahren 1919 bis 1923 die gleiche war, die Betriebsunfälle in den Jahren 1920 bis 1923 trotzdem wieder stiegen, so ist das ein deutlicher Beweis dafür, daß die Unternehmer samt ihren Antreibern sich wieder mehr und mehr vorwagten. Am besten sieht man die sofortige Erhöhung der Betriebsunfälle durch die Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre 1924, durch den Raub des Achtstundentages. Diese Steigerung der Betriebsunfälle erfährt 1925 eine Höhe, daß sie alle Höchstzahlen der letzten 20 Jahre überschreitet. Ein deutlicher Beweis, daß sich neben der Verlängerung der Arbeitszeit auch die Ausbeutung des einzelnen Arbeiters erheblich steigerte.

Die Auswirkung der langen Arbeitszeit auf die Betriebsunfälle ersieht man auch sehr deutlich aus Skizze 2. Während in den Jahren 1908 bis 1913 9 bis 13 Prozent der Belegschaft durch Betriebsunfall arbeitsunfähig war, sank die Ziffer in den Jahren von 1919 bis 1923 bei dem achtstündigen Arbeitstag auf 4,3 bis 6,4 Prozent.

Den Betriebsratsmitgliedern ist dringend zu empfehlen: Verschafft euch Kenntnisse von den Unfallgefahren, die in eurem Betrieb vorhanden sind und gebt dem Verbands Material in die Hand. Die Regierung muß gezwungen werden, Maßnahmen zu treffen, um die Betriebsunfälle nicht ins Unermeßliche steigen zu lassen. Das ist in erster Linie durch die gesetzliche Einführung des Achtstundentages sowie verschärft und vermehrte Betriebsüberwachung der Gewerbeaufsichtsbeamten (herborgegangen aus der Arbeiterschaft) zu erreichen. In diesem Sinne helfst mit, ihr Betriebsräte.

... ..

§§ 46 und 47 des Betriebsrätegesetzes und Geschäftsführung eines Betriebsobmannes

E. Schreiber (Wurzen)

Nach § 2 des BRG ist der Betriebsobmann gleich dem Betriebsrat ein Organ der Betriebsvertretung. Der § 59 des BRG regelt die Geschäftsführung des Betriebsobmannes, wonach die §§ 28, 35 und 37 entsprechende Anwendung finden. Das Recht desselben, Betriebsversammlungen einzuberufen und die Teilnehmer eines Gewerkschaftsvertreters an denselben (§§ 46 und 47) ist demnach umstritten.

Ein Strafverfahren, das seitens des Amtsanwalts in Wurzen gegen den Geschäftsführer des DMW, Kollegen Sch. auf Betreiben der Firma B. & J. wegen Teilnahme an einer vom Betriebsobmann einberufenen Betriebsversammlung nach § 123 des Strafgesetzbuches (Hausfriedensbruch) anhängig gemacht worden war, hat das Landgericht Leipzig als Berufungsinstanz dem Betriebsobmann dieses Recht **zuerkannt**. Dem Strafverfahren liegt folgender Tatbestand zugrunde. Anlässlich einer Kontrolle durch die Gewerbeaufsichtsbehörde wurde bei der Firma festgestellt, daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen bei einer Belegschaft von 30 Arbeitern nur ein Betriebsobmann vorhanden war. Dieser Obmann war unorganisiert. Die Firma beauftragte denselben mit der Einleitung der Betriebsratswahl. Zu diesem Zwecke berief dieser für den 5. Oktober 1925 nach Arbeitschluß eine Betriebsversammlung mit der Tagesordnung **Betriebsratswahl** in einen Betriebsraum der Firma ein. Die Belegschaft, von der drei Viertel dem DMW als Mitglieder angehörten, verlangte die Hinzuziehung des Gewerkschaftsvertreters. Insbesondere wünschten sie ein Referat über die Aufgaben eines Betriebsrates. Der Geschäftsinhaber wies nun sogleich bei Beginn der Versammlung den erschienenen Gewerkschaftsvertreter aus dem Versammlungsraum, obwohl er vom Betriebsobmann das Wort zu seinem Referat erhalten hatte. Unter Berufung auf § 47 des BRG lehnte der Kollege Sch. ab, der Aufforderung Folge zu leisten. Nach dem Referat wurde im Beisein des Unternehmers der Wahlvorstand bestimmt und Vorschläge zur Kandidatenliste gemacht.

Zum Schluß wurde seitens des Gewerkschaftsvertreters noch die laufende Lohnbewegung kurz gestreift, wobei er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Metallarbeiter im Metallarbeiter-Verband hervorhob. Das sah Herr B. als eine unerlaubte Handlung an, weshalb er Anzeige beim Amtsanwalt erstattete. Eigenartigerweise wurde dieser Anzeige stattgegeben. Im öffentlichen Interesse wurde Anklage nach § 123 des Strafgesetzbuches (Hausfriedensbruch) erhoben.

In der Amtsgerichtsverhandlung in Wurzen stellte sich der Amtsgerichtsrat Dr. Schu-

mann auf den Standpunkt, daß eine Betriebsversammlung nach § 48 des WRG nur Anträge und Wünsche an den Betriebsrat richten könne. Da aber der Zweck der Betriebsversammlung die Betriebsratswahl gewesen sei, sei es keine Betriebsversammlung im Sinne des Gesetzes gewesen und die Anwesenheit des Vertreters der wirtschaftlichen Vereinigung nicht berechtigt. Obwohl durch Zeugenaussage festgestellt wurde, daß die Versammlung nicht die Wahl selbst, sondern nur die Aufstellung der Kandidatenliste sowie die Bestellung des Wahlvorstandes bezweckte und die Tagesordnung zu Unrecht als Betriebsratswahl bezeichnet worden war, konnte dies den Standpunkt des Richters nicht ändern.

Auf Antrag des Staatsanwalts wurde der Angeklagte zu 60 M. Geldstrafe, ersatzweise zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Bezeichnend für den Richter ist der Teil der Urteilsbegründung, wonach die Aufforderung zum Eintritt in den Metallarbeiter-Verband geeignet gewesen wäre, den Wirtschaftsfrieden störend zu beeinflussen und nicht in eine Betriebsversammlung gehörte.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung beim Landgericht Leipzig hatte Erfolg. Der Kollege Sch. wurde freigesprochen. Das Landgericht begründet das Urteil im wesentlichen wie folgt:

„In rechtlicher Hinsicht hat das Gericht, und zwar in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft die Versammlung vom 5. Oktober 1925 als eine Betriebsversammlung im Sinne des Betriebsrätegesetzes angesehen. Es ist hierbei von folgenden Erwägungen ausgegangen: Nach dem Betriebsrätegesetz — § 48 — beschränken sich die Funktionen der Betriebsversammlung als eines Organes der Arbeitnehmerschaft auf das Anbringen von Wünschen und Anträgen an den Betriebsrat und auf die Angelegenheiten, die zum Geschäftskreis des Betriebsrats gehören, das heißt nur die unmittelbar mit dem Schicksal des Betriebes zusammenhängenden, im Betriebe erfüllbaren Angelegenheiten. Hierzu gehören nach Ansicht des Gerichts ohne allen Zweifel die Fragen, die sich auf die Bildung eines Wahlvorstandes und die Bedeutung des Betriebsrates erstrecken und vom Angeklagten behandelt worden sind. Gemäß § 46 des Betriebsrätegesetzes ist der Vorsitzende des Betriebsrates berechtigt und auf Verlangen des Arbeitgebers verpflichtet, eine Betriebsversammlung einzuberufen. Diese Vorschrift bezieht sich an sich nur auf Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern. Bei dem Betriebe der Firma B. & Z. waren jedoch bis kurz vor Einberufung der Versammlung vom 5. Oktober 1925 weniger als 20 Arbeiter beschäftigt. Die Firma B. & Z. hatte daher noch keinen Betriebsrat, sondern nur einen Betriebsobmann, den der Zeuge S. R. abgab. Da auf ihn nach § 59 die Vorschriften der §§ 28, 35 und 37 des Betriebsrätegesetzes Anwendung finden, wird man auf ihn, der ebenso wie der Betriebsrat ein Organ der Betriebsverwaltung ist (vergl. hierzu Flatow Seite 134 unter C), im Wege der Analogie auch den § 46 des Betriebsrätegesetzes anwenden und ihm das Recht der Versammlungseinberufung zubilligen müssen, wie er es auch auf Veranlassung des Zeugen B. ausgeübt hat. Nach alledem kam das Gericht zu der Feststellung, daß die Versammlung vom 5. Oktober 1925 eine vorschriftsmäßig einberufene Betriebsversammlung im Sinne des Betriebsrätegesetzes war, zu der der Angeklagte als Beauftragter der im Betriebe vertretenen wirtschaftlichen Vereinigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes selbst gegen den Willen der Firmeninhaber Zutritt hatte, sich also befugt im Versammlungsraum aufhielt. Er konnte auch, solange die Betriebsversammlung im Rahmen der ihr durch das Betriebsrätegesetz genau zugewiesenen Funktionen blieb, vom Arbeitgeber nicht gewaltsam entfernt werden oder sich ihm gegenüber des Hausfriedensbruchs schuldig machen.“

Allerdings ist auch das Berufungsgericht der völlig absurden Auffassung des Amtrichters gefolgt, wonach die Mitgliederwerbung eines Gewerkschaftsvertreters in einer Betriebsversammlung ein Mißbrauch des Rechts nach § 47 des WRG darstelle.

Einen gegenteiligen Standpunkt hat bekanntlich das Arbeitsgericht in Schweinfurt im Urteil vom 12. März 1925 eingenommen (Arbeiterrechtsbeilage Nr. 8 vom 11. April 1925 der Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie), wonach das Gericht eine Selbsthilfe oder privatrechtliche Notwehr des Unternehmers nur dann als erlaubt bezeichnet, wenn ein Gewerkschaftsvertreter offenbar verbrecherische oder sonst auf Erschütterung oder Untergrabung des wirtschaftlichen Bestandes des Betriebes gerichtete Ziele verfolgt.

Die Freisprechung mußte im vorliegenden Falle jedoch erfolgen, weil nachweisbar die Aufforderung zum Verlassen des Versammlungsraumes an den Gewerkschaftsvertreter früher erging wie die Lohnbewegung und Mitgliederwerbung von ihm behandelt worden.